

Unter anderem in dieser Ausgabe:

RÜCKBLICK: BILDER AUS DEM JAHR 2016 s. 6 - 7

DIE PARTEI & DAS LIEBE GELD: ZWEI BEITRÄGE s. 8

KUBA: REISEBERICHT UND ABSCHIED VON FIDEL s. 12 & 13

BUNDESTAGSWAHL: KANDIDAT*INNENVORSTELLUNG s. 14 - 19

Veranstaltungstipp

Mitgliederversammlung

Im Januar kommen alle Mitglieder von DIE LINKE mit Hauptwohnsitz in Leipzig zur großen Gesamtmitgliederversammlung zusammen & entscheiden über die Bundestagskandidat*innen.

Sa. 21.01.17 - 09:30 Uhr - siehe letzte Seite

Mitteilungsblatt

DIE LINKE.

Wahnsinn:
24-seitige
Doppelausgabe
Dez. 2016 &
Jan. 2017

16 - 01/17 Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

Wer über Armut spricht, muss auch über Reichtum sprechen. Ich stehe für eine Agenda der Solidarität.



Bild: DIE LINKE

Der Armutforscher Christoph Butterwege ist linker Kandidat für die Bundespräsident*innenwahl.

Wohnen in Leipzig und anderswo

Jule Nagel Die Frage des Wohnens ist zu einer der drängendsten sozialen Fragen unserer Zeit geworden.

Insbesondere in den Großstädten steigen die Mieten und wird Wohnraum knapper, das Renditestreben der Unternehmen heizt die Spirale weiter an. Benachteiligt sind die, die sich teure Mieten nicht leisten können.

Auch in Leipzig ist diese Entwicklung deutlich wahrzunehmen: Bestandsmieten steigen, das Mietniveau im Neubau explodiert, und der Wohnungsleerstand schmilzt sukzessive ab. Verschiedene benachteiligte Gruppen konkurrieren um bezahlbaren Wohnraum und müssen, um diesen zu finden, vor allem an die Ränder der Stadt ausweichen.

Die von der Linksfraktion im Stadtrat beantragte und in einem breiten Beteiligungsprozess vollzogene Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzeptes der Stadt ist seit 2015 Grundlage der Städtischen Wohnungspolitik. Bis dato wurde davon unter anderem das Beratungsnetzwerk Leipzig Freiheit zur Förderung kooperativer Wohnprojekte geschaffen.

Allein die Möglichkeiten der kommunalen Hand sind und bleiben beschränkt. Schlüssel zur kommunalen Wohnungspolitik sind in Leipzig die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft LWB, der Umgang mit städtischen Liegenschaften und Grundstücken, aber auch noch nicht erprobte Instrumente wie Erhaltungssatzungen. Vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt und einer auseinander driftenden sozialen Schere ist der eigene Kernbestand an Wohnungen zu erweitern und

damit auch für einen Anteil sozial verträglicher Mieten zu sorgen.

Beim Umgang mit den städtischen Liegenschaften soll es laut Beschluss des Stadtrates einen Paradigmenwechsel geben - weg vom Ausverkauf hin zu Eigenbedarf und Konzeptvergabe, vorrangig in Form von Pachtverträgen. Obwohl der Stadtrat diesbezüglich klare Signale gesetzt hat, agiert das Liegenschaftsamt weiter nach eigenen Interessen. Um bezahlbares Wohnen für möglichst viele Menschen zu organisieren, ist die Kommune auf Fördermittel von Bund und Land angewiesen. Seit der Förderalismusreform sind die Bundesländer für die Wohnungsbauförderung zuständig. Sachsen hatte seit vielen Jahren allerdings keine Bundesmittel für soziale Wohnraumförderung freigegeben.

Wie schon lange auch von der LINKEN gefordert, hat die Landesregierung nun mit einer Förderrichtlinie den Weg für soziale Wohnraumförderung wieder frei gemacht. Die geplante Bezuschussung von 3500 Sozialwohnungen in Dres-

den und Leipzig bis 2019 deckt den Bedarf allerdings bei Weitem nicht. Die Verwaltung selbst veranschlagte den Bedarf an Sozialwohnungen auf jährlich 1500. Zudem fällt die geplante Bezuschussung von 3,50 Euro pro Quadratmeter gerade im Neubau zu niedrig aus. Auf Initiative unseres Stadtrats Siegfried Schlegel beantragt die Linksfraktion im Stadtrat, zusätzlich 1, 5 Millionen Euro pro Jahr zum Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen einzustellen. Damit soll die Wohnungsknappheit für berechtigte Haushalte nach SGB 2 und SGB 12 gerade in der Armutshauptstadt Leipzig verhindert werden.

Ein weiteres Problem im Hinblick auf die gängige soziale Wohnraumförderung ist deren begrenzte Laufzeit. Nach 10 bis 15 Jahren laufen die Mietpreis- und Belegungsbindungen in der Regel aus. So gingen allein in Leipzig in den vergangenen Jahren tausende, wenn nicht gar zehntausende Sozialwohnungen verloren.

Eine grundlegende Alternative zu diesem Modell stellt die aktuell von der Links-



Fortsetzung von Seite 1

fraktion im Deutschen Bundestag geforderte Reetablierung eines gemeinnützigen Wohnungssektors dar, mit dem der Wohnungsmarkt um ein nicht renditeorientiertes und dem Gemeinwohl verpflichtetes Segment ergänzt werden würde. „Die Wohnungsgemeinnützigkeit soll einem einfachen Prinzip folgen: Öffentliches und privates Eigentum soll durch ein Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz an gemeinwohlorientierte Ziele und Pflichten gebunden werden, denen sie sich freiwillig, aber dauerhaft unterwerfen. Im Gegenzug sollen sie eine gesonderte Form der Förderung – zum Beispiel Steuererleichterungen oder exklusiven bzw. privilegierten Zugang zu Wohnraum- bzw. Städtebauförderung – erhalten, die durch die Übernahme einer öffentlichen Leistung gerechtfertigt ist.“ heißt es dazu in einem Antrag der Bundes-

tagsfraktion.

Die so genannte neue Gemeinnützigkeit solle auch ohne deren Einführung durch ein Bundesgesetz bereits auf kommunaler Ebene erprobt werden – dafür plädierten DiskutantInnen und TeilnehmerInnen der thematischen Veranstaltung von Linksjugend und linXXnet Mitte November im Werk 2. Auch der erste Mietenpolitische Ratschlag in der Volkshochschule am 19. November 2016 beschäftigte sich mit der Notwendigkeit einer sozial orientierten Wohnungspolitik und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten von MieterInnen.

Als LINKE tun wird gut daran, die Entwicklungen zu beobachten, politisch zu gestalten und uns als Teil einer MieterInnenbewegung zu verstehen.

Social Center for All! Leipzig

Crawl (SC4A) Über die Initiative, die ein „soziales Zentrum für alle“ will

Nach der gescheiterten Besetzung der Platostraße, die in öffentlichen Plena vorbereitet wurde, haben wir von vielen Seiten sowohl solidarische als auch destruktive Kritik erhalten. Aus der Reflektion dieser haben wir erkannt, wie schwierig es ist, Menschen aktiv in den Gestaltungsprozess einzubinden. Wir haben noch keinen Weg gefunden, wie die verschiedenen Interessen gebündelt werden können, um den Prozess hin zu einem SC4A gemeinsam zu bestreiten. Trotzdem werden wir weiter versuchen, die Initiative inklusive ihrer Plena für alle so offen wie möglich zu halten. Ein Fokus unserer Strategie wird auf der Vernetzung mit bereits bestehenden politischen Initiativen liegen. Das Ergebnis des Reflektionsprozesses, der nach einem Jahr politischer Arbeit und Organisation dringend notwendig war, findet sich in folgendem, kollektiv verfassten Selbstverständnis.

Das SC4A soll ein selbstverwalteter Raum sein. Dort soll Menschen die Möglichkeit eröffnet werden, aus der Tristesse der Vereinzelung auszutreten, Kämpfe zu vereinen und gemeinsam zu bestreiten – sei es gegen Entmietung, Abschiebung, Hartz IV, Diskriminierung oder den allgegenwärtigen Leistungsdruck. All dies soll in einer solidarischen Atmosphäre stattfinden. Wir wollen einen Ort, an dem Hoffnung beim Kampf um Gesellschaftsveränderung geschöpft werden kann und von dem aus Ansätze zur politischen Veränderung nach außen getragen werden.

Wir haben gelernt, dass es auch in Gemeinschaften, in denen ein gewisser Grundkonsens des solidarischen Miteinanders gelebt wird, wichtig ist, sich zu bestimmten politischen und gesellschaftlichen Grundsätzen unmissverständlich zu positionieren. Als SC4A lehnen wir menschenverachtende Einstellungen klar ab.

Den Austausch und die kritische Reflektion über einzelne Ansichten schließt diese Haltung dabei nicht aus. Wir alle werden mit dem uns umgebenden Unsinn erzoget und das sollten wir berücksichtigen, wenn wir einander begegnen. Wir wollen uns mit unseren eigenen Einstellungen und möglichen Vorurteilen auseinandersetzen, um stereotype Denkmuster zu überwinden. Jedoch muss klar gesagt werden, dass Antisemitismus, Antiziganismus und ähnlichen Gesinnungen sowie Diskriminierung aller Art, z. B. aufgrund vermeintlicher Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung, eine strikte Absage erteilt wird. Wir wollen Entscheidungen im Konsens treffen. Es ist ein Versuch, sich auf Augenhöhe zu begegnen, der kapitalistischen Ellenbogen-gesellschaft mit ihrem Leistungsdruck und Konkurrenzkampf unsere Praxis der Solidarität und der basisdemokratischen Entscheidungsprozesse entgegenzusetzen.

Wir denken, je mehr Leute das Social Center mit Ideen füllen, desto mehr kann am Ende umgesetzt werden. Unsere Ideen beinhalten politische Bildungsarbeit, Sprachkurse, Stärkung und Gründung von Initiativen durch das Stellen von Arbeitsräumen sowie einen großen Plenumsraum, Schaffen eines Rückzugsräumchen, Diskussionsrunden, Kunstprojekte, Werkstätten, Proberäume sowie Möglichkeiten zur Vernetzung.

Wir wollen uns nicht von Institutionen und Autoritäten abhängig machen, auch wenn es Situationen geben mag, in denen es unumgänglich ist, mit deren Akteur*innen in Verhandlungen zu treten. Deshalb zählen wir auf eure Unterstützung, vor allem wenn es in den kommenden Wochen wieder darum geht, wie ein SC4A in einem Gebäude umgesetzt werden kann.



DIE LINKE vor Ort

Redaktion MiB DIE LINKE bietet neben zahlreichen Kontaktmöglichkeiten auch Beratungsangebote vor Ort an. Diese können von allen Interessierten kostenlos wahrgenommen werden. Während des Jahreswechsels kann es feiertags- und urlaubsbedingt zu Ausfällen und Verschiebungen kommen.

Sprechstunden:

- 13. Dezember 2016, 16:00 Uhr - 18:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstr. 32, Bürgersprechstunde mit der Stadträtin Naomi-Pia Witte
- 16. Januar 2017, 16:00 - 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit der Landtagsabgeordneten Cornelia Falken und dem Stadtrat Sören Pellmann
- 25. Januar 2017, 16:00 Uhr, WK- Kulturbüro, Mariannenstraße 101, Abgeordnetensprechstunde mit dem Landtagsabgeordneten Franz Sodann

Sozialberatungen:

- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Straße 3d, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis - Kulturbüro, Mariannenstraße 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden 2. & 4. Do. 12:00 bis 15:00 Uhr und 16:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 34, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Mo. 15:00 bis 19:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Straße 3d, Vereinsberatung (Alles rund um Buchhaltung & Projektabrechnung für gemeinnützige Vereine & Initiativen), Anmeldung: prinzeessin@linxx.net

Im Stadtrat:

Die Fraktionssitzungen der LINKEN und die Sitzungen des Stadtrates sind öffentlich.

- Fraktionssitzung: 11. Januar 2017 17:00 Uhr, Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 18. Januar 2017 14:00 Uhr, Ratssaal, Neues Rathaus
- Fraktionssitzung: 26. Januar 2017 17:00 Uhr, Raum 259, Neues Rathaus



Interview mit Gesine Löttsch

Am 23. November wurde mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Gesine Löttsch die neue Gesprächsreihe im Liebknecht-Haus „Talk unter Dach“ eröffnet. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Auswertung der Landtagswahl in Berlin und speziell der Erfahrungen im Wahlkampf. Mit unserem Gast führte im Anschluss der Veranstaltung Dr. Volker Külow das folgende Interview für das Mitteilungsblatt:

Wie bewertest Du das Landtagswahlergebnis in Berlin vom September jetzt aus dem Rückblick?

Gesine Löttsch: Auch mit dem Abstand von einem Vierteljahr fühlt sich der Wahlsieg immer noch sehr gut an. Wir haben die günstige politische Ausgangslage - die sogenannte Große Koalition aus SPD und CDU hatte gründlich abgewirtschaftet - mit einem sehr engagierten und geschickten Wahlkampf genutzt und wurden mit 15,6 Prozent noch vor den Grünen drittstärkste Partei. Im Osten wurden wir wieder stärkste Kraft und holten hier 12 Direktmandate. Von den 27 Abgeordneten sind 13 parlamentarische Neulinge, auch eine tolle Quote.

Ich verkenne bei aller Euphorie und dem erfolgreichen Schmieden einer rot-rot-grünen Koalition in den letzten Wochen natürlich nicht, dass wir in unseren Hochburgen wie Lichtenberg leicht verloren haben und die AfD auch dort deutlich zulegen. Sie hat aber, was oft vergessen wird, vor allem viele Nichtwählerinnen und Nichtwähler aktiviert sowie besonders der CDU und der SPD Stimmen abgenommen.

Und wie bist Du mit dem Wahlergebnis als Lichtenbergerin zufrieden?

38.353 Lichtenbergerinnen und Lichtenberger haben am 18. September DIE LINKE gewählt. Mit 29,8 Prozent ist unsere Partei mit

Abstand die stärkste Kraft im Bezirk. Das ist ein klarer Wählerauftrag! Wir sollen im Bezirk wieder die Gesamtverantwortung übernehmen. Unsere Ziele für die nächsten fünf Jahre sind klar. Wir wollen für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen, die Bürgerbeteiligung stärken, unseren Bezirk für die Zukunft flott machen

Worauf führst Du das erfolgreiche Abschneiden der Partei in Berlin insgesamt zurück?

Unsere Partei setzte neben ihren bundes- und landespolitischen Kernthemen vor allem darauf, die Defizite in der politischen Kultur der Hauptstadt und das gestörte Verhältnis zwischen Politik, Hauptstadteliten und Stadtgesellschaft zu thematisieren. Dreh- und Angelpunkt unsere Kommunikation - für Wahlkämpfe eher ungewöhnlich - eine Frage: Wem gehört die Stadt?

Wie wurde diese Kampagne mit Leben erfüllt?

Wir hatten sehr viele gute Plakate mit Slogans, die zeigten, dass DIE LINKE die Berlinerinnen und Berliner und deren Probleme versteht. Wir haben die Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit abgeholt, wenn ich beispielsweise an das sehr emotionale Motiv „Mietrebellin: Oma Anni bleibt“ denke, die eine reale Seniorin abbildete. Auch der Flaschensammler und der Slogan „Rechenkünstler: Armut stoppen“ sprach viele Menschen an.

Mit unserer Wahlkampfkampagne konnten wir erfolgreich die Hoffnung vermitteln, dass es auch anders und vor allem besser geht. Damit konnten wir nicht nur unsere Stammwählerschaft mobilisieren, sondern auch offensiv diejenigen Bürgerinnen und Bürger ansprechen, die sich aus Überzeugung für sozialen Zusammenhalt, Gerechtigkeit und Liberalität einsetzen. Was auch ganz wichtig war: bei vielen Unzufriedenen stärkten wir

den Eindruck, dass DIE LINKE keine Partei des Mainstream ist.

Gab es für Deine politische Heimat, die Hochburg Lichtenberg, noch ganz spezielle Gründe für den Wahlsieg, aus denen man ggf. auch für Leipzig Schlussfolgerungen ziehen kann?

Ich würde etwas hervorheben, dass weniger mit dem Wahlkampf, sondern mehr mit dem Zeitraum dazwischen zu tun hat. Eine ganz wichtige Rolle in unserer ständigen Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern spielt unsere monatliche kostenlose Zeitung „info links“, die seit vielen Jahren erscheint und eine Auflage von 20.000 Exemplaren hat. Sie ist das auflagenstärkste Druckorgan in Lichtenberg und wird hauptsächlich über die Parteistrukturen verteilt. Sie wird in Lichtenberg jeden Monat von vielen Menschen gelesen, wie ich immer wieder vor Ort erfahre.

Zum Schluss noch eine Frage, die vielleicht etwas weh tut, denn es geht um die innerparteilichen Turbulenzen der letzten Tage im Stadtbezirk Lichtenberg. Durch die Nicht-Wahl von Evrim Sommer als Bezirksbürgermeisterin und ihren anschließenden Rücktritt als Vorsitzende des Lichtenberger Bezirksverbandes ist eine schwierige Situation entstanden, die auch überregional für Schlagzeilen sorgte ...

Ich bedauere sehr die eingetretene Entwicklung und habe mich entschlossen, erneut als Vorsitzende für die Lichtenberger LINKE zur Verfügung zu stehen, die ich ja schon einmal jahrelang geleitet habe. Ich möchte dazu beitragen, die verschiedenen Gruppen zusammenzubringen. Das ist nicht mein Traumjob, ich würde mich aber nicht vor der Verantwortung drücken und glaube, dass ich in der jetzigen Situation nützlich sein kann.

Strafraum Sachsen 2.0

Neue Ausstellung zu Diskriminierung im Fußball in Leipzig eröffnet

Am 29. November fand die offizielle Eröffnungsveranstaltung von »Strafraum Sachsen 2.0« in Form einer Podiumsdiskussion in der Halle A des »Werk II« in Leipzig statt. Auch unser Sport-Bürgermeister Heiko Rosenthal durfte auf dem Podium nicht fehlen. Er diskutierte mit anderen Gästen über die Herausforderungen und Möglichkeiten, die sich für den Fußball im Zusammenhang mit Diskriminierung und Integration ergeben. Moderiert wurde die Talkrunde von Adam Bednarsky.

»Strafraum Sachsen 2.0« ist die aktualisierte Version der gleichnamigen Ausstellung, die bereits 2011 von der Initiative für mehr gesellschaftliche Verantwortung im Breitensport-Fußball präsentiert wurde. Schwerpunkt der Ausstellung war damals die Darstellung verschiedener Diskriminierungsformen im Fußball. Im Rahmen einer Förderung durch das Landesprogramm »Weltoffenes Sachsen« hatte der RSL die Möglichkeit bekommen, die alte Ausstellung zu aktualisieren und zu erweitern.

Prinzipiell hat sich an der Problemlage in Sachen Diskriminierung wenig verändert. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 2014 kann eine Zunahme der Mobilisierung gegen Geflüchtete und parallel dazu das Anwachsen von Ressentiments in der Bevölkerung beobachtet werden. Der Fußball bildet dabei

keine Ausnahme, ist er doch Teil des gesellschaftlichen wie des politischen Alltags. Auch im sächsischen Fußball kommt es demnach immer wieder zu rassistischen, homophoben, antisemitischen oder sexistischen Vorfällen. Auf der anderen Seite engagieren sich in Sachsen Menschen gerade auch in Sportvereinen etwa für Geflüchtete oder gründen antidisziplinierende Initiativen. Um dem gerecht zu werden, möchte die aktualisierte Ausstellung deswegen nicht nur dokumentieren, wie sich Diskriminierung und Ressentiments im Fußball äußern, sondern auch die positiven Aspekte des Fußballs herausstellen: Durch das Zusammentreffen vieler unterschiedlicher Menschen auf dem Sportplatz kann er dazu beitragen, Diskriminierung abzubauen, solidarische Grundwerte zu fördern und Integration zu ermöglichen.

Auf 20 Schautafeln soll dieses Doppelleben



des Fußballs vorgestellt. Zusätzlich zur Ausstellung wird es ein Workshop-Angebot für interessierte Vereine, Verbände und Initiativen geben, mit dem die Inhalte der Ausstellung vertieft werden können. Die Ausstellung richtet sich insbesondere an Breitensportvereine, Fußballverbände, Schulen und zivilgesellschaftliche Initiativen.

Wenn ihr Kontakt zu den AusstellungsmacherInnen sucht, werdet ihr unter www.strafruum-sachsen.de fündig.

Was muss denn nun drin sein?

Holger Weidauer Über zwei Konferenzen unserer Partei

Das Beste vorweg: Zuweilen diskutiert die Partei DIE LINKE. Oft nach Wahlniederlagen, und davon gab es in diesem Jahr einige. Deshalb rief der Landesverband Sachsen am 27.08.2016 die Genossinnen und Genossen zu einer Konferenz nach Dresden. Sie trug den Titel „Was zu tun ist“. Als Referent war Tom Strohschneider eingeladen. Der hielt eine bemerkenswerte Rede. So meinte er, DIE LINKE habe sich ohne Not eine Debatte darüber eingetreten, ob abgewanderte AfD-WählerInnen zurückgeholt werden müssten. Eine Variante dieser Frage sei, ob DIE LINKE die soziale Frage zu wenig betont habe. Tja, wann hat unsere Partei die „soziale Frage“ eigentlich nicht betont? Wenn das nicht so recht Wirkung zeigt, liege das vielleicht daran, dass die Frage nicht richtig angesprochen wurde. Und nein, AfD-Wähler müssten nicht zurückgeholt werden. Wenn Sorgen ernst genommen werden müssen, dann die der Millionen Helferinnen und Helfern, die sich für Geflüchtete eingesetzt haben. Das ohne Wenn und Aber klarzustellen, hat DIE LINKE versäumt. Auch sie meinte, „Fluchtursachen bekämpfen“ zu wollen. Ob sie wollte oder

nicht, sie bediente damit den Diskurs, der Geflüchtete als Problem beschreibt. Stattdessen hätte sie das Thema von links besetzen können. Links wäre die Forderung nach globaler Bewegungsfreiheit gewesen. Dann hätte DIE LINKE ein Thema gesetzt, an dem sich alle anderen Parteien hätten abarbeiten müssen. Ich empfehle, den Beitrag von Strohschneider in Gänze zu lesen. Nach einer Generaldebatte verteilte sich die Konferenz in drei Workshops. Ich nahm an dem mit dem Titel „Gestaltungs- vs. Gesinnungspartei“ teil. (Gemeint war sicher Protest- oder Gestaltungspartei) Alle Diskutierenden waren sich einig, dass DIE LINKE beides sein muss. Dabei schloss das „Gestalten“ das „Regieren“ immer mit ein. Das war überraschend, denn üblicherweise geht die Debatte hoch her, wenn es ums „(Mit)regieren“ geht. In diesem Workshop nicht.

Insgesamt verstärkte sich bei mir der Eindruck, dass bei jeder Konferenz gewissermaßen von vorn begonnen wird. Da werden Themen gesammelt, auf Kartons geschrieben, die werden an eine Pinnwand geheftet, dann die Themen „geclustert“ und zum Schluss die

Ergebnisse dem Plenum vorgestellt.¹ Was uns noch nicht gelingt, ist, Diskussionen zu verstetigen. Nur so kommen wir aber zu Ergebnissen.

Das gleiche Veranstaltungsformat erlebte ich bei der Konferenz „Was muss drin sein?“. Sie wurde durch den Parteivorstand organisiert und fand u. a. in Leipzig am 6.11.2016 in der Galerie KuB statt. Sinn dieser Veranstaltung war es, in Vorbereitung auf ein Wahlprogramm zur Bundestagswahl engagierte Menschen der Zivilgesellschaft aus Vereinen und Initiativen zu befragen, was denn drin stehen soll. Ich finde es gut, dass unsere Partei, nachdem sie mit der Kampagne „Das muss drin sein“ kundtat, zu wissen, was drin sein muss, versucht, zum Prinzip „Fragend schreiten wir voran“ zurückzukehren. Aber: Es waren an die 100 Genossinnen und Genossen da, jedoch praktisch keine VertreterInnen aus Vereinen und Initiativen. Unsere Partei hat sich mit sich selbst unterhalten. Damit bin ich wieder beim Anfang: Zuweilen diskutiert die Partei DIE LINKE.

Linke Alternative - da war doch noch was?

Heiko Rosenthal Linke Alternative – ich setze darauf!

2017 liegt ein weiteres Wahljahr vor uns. Verantwortliche schielen nervös auf Wählerstimmungen. Die Medienberichterstattung reduziert schon jetzt die Wahl auf Frau Merkel kontra Rot-Rot-Grün. Die demokratischen Haltelinien in unserer Gesellschaft scheinen überschritten. Aus Angst vor neuerlichen Verlusten, aus politischer Unkenntnis, aus Überforderung oder aus rein rassistischen oder fremdenfeindlichen Motiven heraus zieht es Tausende zu den Gida-Demonstrationen: „Denen da oben zeigen wir es!“ scheint das Motto vieler derzeit. In dieser Situation eine eigene inhaltliche wie personelle Strahlkraft für eine Mehrheit von Wählerinnen und Wählern zu finden, erscheint unlösbar. Die Linke als stützende „Systempartei“ wirkt zunehmend angepasst und wird zu wenig als eine tatsächlich den Alltag verändernde politische Kraft wahrgenommen.

Erinnern wir uns an die Anfänge der PDS zurück. 1990 ging es um Selbstbehauptung gepaart mit trotzigem Widerstand. Später war es die Kümmererpartei für die ehemaligen Eliten, die Wendeverlierer und die aus der Verwaltung der DDR übernommenen oder verbannten Angestellten, die ihre Sozialisation nicht opfern wollten. Der Verlust des Fraktionsstatus 2002 mobilisierte den inneren Zusammenhalt. Er verlieh Petra Pau und Gesine Löttsch bundesweite Größe. Die Vereinigung von WASG und PDS war der Lichtblick einer möglichen gesamtdeutschen politischen Alternative. Leider hat sie sich in den Mühen des parlamentarischen Alltags auf Bundes- und Landesebene abgenutzt. Und heute – die linke Kraft in Deutschland, die europäische Linke sieht sich mit den Ansprüchen von sozialem Gewissen, Kritik an der herrschenden Wirtschaftsdoktrin, Verantwortungsübernahme in Kommunen, Land und Bund konfrontiert.

Parteitagebeschlüsse, Wahlprogramme, kommunale Anträge und Anfragen, Koalitionsverträge haben das Projekt der Linken Alternative bundesweit



bei 9 Prozent Wählerzustimmung stabilisiert. Damit sind wir aber weit davon entfernt, die Verhältnisse dauerhaft zu verändern. Es sind politische Partner, außerparlamentarische Gruppen und Akteure, Wirtschafts- und Interessenvertreter, Medien, Sozialpartner und vor allem die Wählerinnen und Wähler von der Alternative zu überzeugen. Dazu bedarf es einer klar formulierten Programmatik, überzeugender Persönlichkeiten und klarer Vorstellungen von Strukturen zur Umsetzung. Überzeugendes und glaubwürdiges Personal heißt für mich: Die Person muss in der Lage sein, in Verantwortung für Veränderung zu sorgen! Dabei muss es sich um eine Persönlichkeit handeln, die in aller erster Linie Vorbild ist und ein Maß an Berufs- und Lebenserfahrung vorweisen kann!

Inhalt unserer Programmatik müssen klare Botschaften sein – so z. B.:

- Die Vertreter des Kapitalismus in unserem Land nehmen die Spaltung unserer Gesellschaft in arm und reich billigend in Kauf.
- Die zunehmenden sozialen Spannungen, die Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Sozialgruppen, werden ignoriert.
- Der Kapitalismus befördert kriegerische Auseinandersetzungen auf unserem Globus.
- Der Kapitalismus und seine Vertreter beklagen weltweite Umwelt- und Sozialkonflikte, befördern aber gleichzeitig den Zusammenbruch lokaler Wirtschaftskreisläufe.

Wenn die Linke morgen die Verantwortung inne hätte, was würden wir mit dieser Verantwortung veranlassen? Was würde sich angesichts der Herausforderungen für Unternehmer, für Beamte, für Arbeiter und Angestellte, für Studenten, für Auszubildende, für Arbeitslose, für Rentner, für Schulabbrecher, für Vorruhestandler, für Selbstständige im Positiven ändern? Müssen wir auch auf klassische Protestwähler reagieren? Um es an dieser Stelle einmal klar zu formulieren: Protestwähler sind willkommen, können aber nicht unser alleiniger Anspruch sein. Schon gar nicht, wenn diese unsere Grundüberzeugungen einer solidarischen und gerechten Gesellschaft ablehnen. Wenn sie mit rassistischen, sexistischen, homophoben Ideen liebäugeln.

Mit einem Erfahrungsschatz von 10 Jahren Mitwirkung und dem Kennenlernen von vielen Engagierten bin

ich Optimist geblieben. Ich bin überzeugt, dass es uns gelingt, diesem uns eigenen Anspruch 2017 und den Erwartungen unserer Menschen nahe zu kommen. Die klare Botschaft ist kein Werk einer Person, sondern der Findungsprozess von uns allen. Bringen wir uns in diese Herausforderung auch der Benennung des geeigneten Personals aktiv ein. Hadern wir nicht mit den Ergebnissen dieses Prozesses. Glauben wir an eine gesellschaftliche Veränderung in unserem Land in unserem politischen Sinne. Holen wir unsere Menschen in ihrem Alltag ab mit uns als ihrer alleinigen gesellschaftlichen Reformalternative. Genau dieser Optimismus motiviert mich im alltäglichen politischen Geschäft.

Als kommunaler Verantwortungsträger erwarte ich von einer starken Opposition im Deutschen Bundestag z. B.

- Den Einsatz für eine ausreichende Finanzierung des kommunalen Gemeinwesens durch eine klare Finanz- und Steuerreform. Eine solide Finanzierung ist Grundvoraussetzung für eine funktionierende Basisdemokratie. Die an die öffentliche Verwaltung gestellten Aufgaben, einschließlich der Organisation transparenter und beteiligender Strukturen, müssen tatsächlich erfüllt werden können.
- Den Einsatz für ein Leben in Menschenwürde durch eine klare Hartz-IV-, Renten- und Gesundheitsreform. Hilfebedarfen Einzelner gegenüber muss adäquat reagiert werden können. Im Mittelpunkt steht das Wohl des einzelnen Menschen, nicht die Nützlichkeit für das Gemeinwesen oder einzelner Interessengruppen.
- Den Einsatz für ein friedliches Zusammenleben in den Kommunen durch gezielte Förderung städtebaulicher und sozialer Brennpunkte, der Förderung sozialen Wohnungsbaus. Das Zusammenleben vor Ort darf nicht von Segregation und Gentrifizierung geprägt sein. Haupt- und Ehrenamtsstrukturen sollen befähigt sein, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen und lokale Prozesse zu steuern.
- Die Bewältigung der Herausforderungen des anthropogenen Klimawandels durch eine dem Prozess des Pariser Klimagipfels entsprechende Agenda. Die soziale Energiewende und der Atom- wie Kohleausstieg sind weiter zu forcieren. Subventionen und Befreiungen für Ineffizienz sind abzubauen. Ein Förderprogramm für Kommunen und deren Infrastrukturen ist zu finanzieren.

Linke Alternative – ich setze darauf!

Jahresrückblick



Januar: Am Liebknechtshaus findet ein kleines Gedenken anlässlich der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht statt..



Februar: Eine Gruppe Abgeordneter und Mitglieder von DIE LINKE besucht die Sachspendenzentrale in Leipzig und übergibt dringend Benötigtes.



März: Anlässlich des Frauenkampftages fand in Leipzig eine kraftvolle Demonstration statt. Am Bündnis und der Demo hatten sich unter anderem die Linksjugend Leipzig und die AG LISA aktiv beteiligt.

April: Im Rahmen der Kulturraum-Tour diskutiert Franz Sodann mit zahlreichen Gästen das Thema Kulturpolitik im Freistaat Sachsen.

Mai: Zum 1. Mai beteiligt sich unser Stadtverband mit eigenem Block und Transparent an der traditionellen 1.Mai-Demonstration vom Volkshaus zum Markt.



Juni: Anlässlich des 75. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion Gedenken auch unsere Genoss*innen.





Juli: Am Leipziger Rathaus wird anlässlich des CSD die Regenbogenfahne gehisst.



August: Im Rahmen der Sommertour durch den „roten Wahlkreis“ wird am BSZ in Probstheida Kaffee ausgeschenkt. Einer der angesprochenen ist jetzt übrigens Mitglied geworden ;)



September: Der Stadtbezirksverband Südwest lud zum Sommer- und Kinderfest auf der „Knoche“ ein. Nur eines von mehreren Sommerfesten, denn solche haben auch in West, Alt-West und Süd stattgefunden.

Oktober: Mit einer kreativen Aktion im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ machen Genoss*innen auf den Personalmangel im Gesundheitswesen aufmerksam.

Oktober: Mal wieder wurden die Scheiben des linXXnet attackiert. Auch andere Büros in Leipzig, darunter das Büro von Conny Falken und das INTERIM, wurden Ziele von Angriffen. Symbolisch wurden die Risse in der linXXnet-Scheibe mit „Pflastern gegen rechten Scheiß“ überklebt.



Dezember: Im Rahmen der Rententour des Stadtverbandes ist Dietmar Pellmann zu Gast in Marienbrunn und spricht unter Moderation von Jule Nagel zum Thema.

November: Anlässlich des Jahrestages der Prognomacht putzen zahlreiche Genoss*innen Stolpersteine.



Für die Zukunft der Parteifinanzen

Stephan Sander Von Blicken in die Glaskugel und einer lange überfälligen Diskussion, die jetzt umfassend geführt wird. Eine Debatte über ein trockenes Thema, die bestimmt, wie lange wir noch flüssig sind.

Es ist ein Thema, das uns seit Jahren beschäftigt und auch noch lange Zeit beschäftigen wird: das liebe Geld. So kann man manchmal den Eindruck bekommen, dass dieses Thema nicht unbedingt das beliebteste in unserer Partei ist und dass die Tragweite dieses, zugegeben sehr trockenen Themas, doch über Leben und Überleben unserer Partei entscheiden kann.

Die schlechte Nachricht zuerst: Wir sind pleite. Jetzt die gute: Das ganze bezieht sich auf einen noch nicht festgelegten Termin in der Zukunft. Lag dieser vor Jahren noch quasi gestern, oder zu Beginn des Jahres im übertragenen Sinne morgen, so haben wir es durch die Anstrengungen vieler Genossinnen und Genossen und durch den großen Zulauf neuer Mitglieder geschafft, diesen Termin noch etwas in die Zukunft zu verbannen. So haben eine erhöhte Zahl an Neueintritten, erste Schritte hin zur besseren Mitgliederbetreuung, eine erhöhte Bereitschaft zur Beitragserhöhung sowie teilweise freiwillige Beitragserhöhungen die Lage zuletzt etwas entspannt, wofür allen Genossinnen und Genossen hier nochmals gedankt sei. Aber fest steht schon lange, ein einfaches „weiter so“ kann es nicht mehr geben.

Zuletzt wurden dem Landesparteitag daher drei Finanzkonzepte vorgelegt, von denen jedoch keines mehrheitsfähig war. Der Landesparteitag hat daher beschlossen, eine AG Finanzen auf Landesebene zu installieren, die sich diesem Thema annehmen und einen neuen Vorschlag unterbreiten wird. An der AG sind alle Kreis- und Stadtverbände beteiligt sowie Vertreter der Landesebene. I.d.R. - und so auch in unserem Fall - sind die Vorsitzenden der Kreise höchstpersönlich in dieser AG vertreten. Darüber hinaus wurden unsere Schatzmeisterin Elke Gladysz und das Vorstandsmitglied Stephan Sander als stellvertretende Mitglieder in diese AG entsandt. Das Ziel unserer Vertreter ist es, neben dem gemeinsamen Ziel ein zukunftsfähiges, faires und vernünftiges Finanzkonzept zu erarbeiten, Prognosen auf Basis belastbarer Zahlen als Grundlage für die Diskussion einzubringen und die Unterschiede zwischen Stadt-

und (Flächen)Kreisverbänden in die Diskussion einzuarbeiten. So setzen wir uns dafür ein, dass die Kreisverbände weiterhin genügend finanzielle Mittel selbst verwalten können, dass eine politische Arbeit abseits der „Mindestaufgaben“ möglich bleibt.

Ersteres ist bereits gelungen. Die letzten drei Finanzkonzepte gingen von völlig unterschiedlichen Prognosen aus, die erhebliche Unterschiede aufwiesen und daher teilweise eher wie ein Blick in die Glaskugel wirkten. Dadurch wurden natürlich in allen Konzepten auch unterschiedliche Schlüsse gezogen. Doch konnte vom Stadtvorstand Leipzig eine Prognosemethode vorgelegt werden, die nun auch vom Landesverband übernommen wurde und die Realität deutlich besser abzubilden scheint, weil sie auf Basis statistischer Analysen funktioniert. Vorstandsmitglied Michael Lauter hat unsere drei AG-Mitglieder dabei mit einem Prognoseprogramm versorgt, dass diese erst möglich gemacht hat, wofür auch an dieser Stelle nochmals gedankt werden soll.

Letzteres wird auch die Aufgabe der kommenden Sitzungen der AG Finanzen sein. Aber bereits jetzt stellt sich heraus, dass Flächenkreise und Stadtverbände verschiedene Kostenposten in ganz unterschiedlicher Weise bewerten. Dabei solle es aber nicht darum gehen, einzelnen Kreis- und Stadtverbänden ihr Ausgabeverhalten vorzuschreiben, aber gerade da es um die Aufteilung der Finanzen zwischen Landes- und Kreisverbänden geht, spielt auch die Beleuchtung wesentlicher Ausgaben auf Kreisebene eine wesentliche Rolle. Können denn Aufgaben vom Landesverband übernommen werden? Sollte sich der Landesverband vielleicht lieber aus einigen Aufgaben zurückziehen? Was braucht es eigentlich, damit ein Landesverband funktioniert?

Wie wir sehen, wird die Finanzdebatte auch mehr und mehr zur Strukturdebatte, zur Aufgabenkritik und nicht zuletzt zu einer Art „Frühjahrsputz“ im alltäglichen politischen Betrieb. Denn Wegschauen funktioniert leider nicht mehr, wenn die finanziellen Rücklagen aufgebraucht sind. Einige Kreisverbände

sind jetzt schon am Ende ihrer Rücklagen angekommen, der politische Betrieb muss notgedrungen eingekürzt werden auf das, was finanziell und personell noch möglich ist. Weiße Flecken werden leider wieder größer. Das kann kein Zukunftsmodell für uns sein! Dabei sollten wir uns auch keine Illusionen machen: Wir Leipziger sind sowohl personell als auch finanziell unter den am besten aufgestellten Kreisverbänden. Als einziger Kreisverband und erstmals seit der Wiedervereinigung wächst unsere Partei in Leipzig. Gerade junge Menschen werden wieder aktiv, treten ein, bringen sich ein. Das ist ein Gewinn, aber auch eine Aufgabe. Denn so richtig unsere Ablehnung von Schuldenbremsen in der Politik auch ist, so falsch ist sie auf Parteifinanzen bezogen. Debatten über Budgeterhöhungen gehen da leider in die falsche Richtung, auch wenn das Anliegen sicherlich einstimmig als richtig bewertet wird. Aber uns sollte klar sein, dass die finanziellen Mittel unseres Stadtverbandes trotz aller erfreulichen Entwicklungen doch sinken werden, bis zu 30 % sind möglich. Und wenn wir keinen harten Schnitt am Ende der Reserven haben wollen, dass müssen wir weitsichtig unsere Finanzen planen und Aufgaben anpassen. Außerdem gebietet es die Solidarität auch, dass wir andere unterstützten, die schon jetzt am Ende ihrer Möglichkeiten sind. Wie das aussehen wird, das ist Aufgabe der AG Finanzen, aber die Struktur- und Finanzdebatte sowie die Aufgabenkritik fortzusetzen im Stadtverband, dass ist unsere Aufgabe, vielleicht die trockenste, aber auch eine der wichtigsten der nächsten Jahre.

Wir sind zuversichtlich, dass wir auch diese Aufgabe meistern können, dass ein tragfähiges Finanzkonzept mehrheitsfähig wird und wir auch trotz allem im Stadtverband politisch arbeitsfähig bleiben.



Her mit der Kohle!

Steffen Juhran Kollektive Kämpfe stärken statt Privatisierung von Diäten

Vorweg: ganz so, wie es die Überschrift mutmaßen lässt, ist es nicht. Unsere Abgeordneten, in Europaparlament, Bundestag und Landtag zahlen in der übergroßen Mehrheit die beträchtlichen Abgaben, Spenden und Mandatsträgerbeiträge, die wir ihnen aufbürden, ohne zu murren und behalten von den

üppigen Diäten viel weniger als etwa Abgeordnete der bürgerlichen Parteien.

Doch aus diesem Fakt, eben auch, weil es uneinheitlich ist, wie viel die Abgeordneten selbst behalten oder noch privat spenden oder von ihrer Steuerfrei-Pauschale für mehr, als die Ausstattung des Büros ausgeben,

schlagen wir viel zu wenig politisches Kapital. Schon die Pariser Commune wusste: die Oligarchisierung und Entfremdung von Staats- und Verwaltungsapparaten fängt an, wo „Herrschen“ zum Beruf wird. Aus diesen Gründen hat die linksjugend auf ihrem Landesjugendtag beschlossen, sich auf allen

weiter auf nächster Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ebenen der Partei dafür einzusetzen, dass wir bundesweit eine Beschlusslage herstellen, laut der Parlamentarier_innen lediglich das durchschnittliche Bruttoentgelt (2015 waren das 2916 im Monat) zur persönlichen Verfügung beibehalten. Einerseits würde dies für die Abgeordneten in Sachsen, die bereits jetzt vorbildlich alle Zahlungen tätigen, lediglich den Verzicht auf einen niedrigen dreistelligen Betrag bedeuten, andererseits hieße es, dass LINKE Abgeordnete sich tatsächlich und praktisch mit einem durchschnittlichen Arbeiter_innengehalt zufrieden geben. Die Ausstrahlungskraft, die das in die Öffentlichkeit hätte, brauche ich euch vermutlich nicht zu erläutern.

Wir sollten als LINKE festhalten an der Kritik der Pariser Commune. Grundsätzlich stellt sich für uns die Frage nach Möglichkeiten demo-

kratischer Politik über die parlamentarische Demokratie hinaus. Wir betrachten weder Politik als das exklusive Berufsfeld einiger „Fachkräfte“ noch das bürokratische Spezialistentum als Leitbild für politische Kompetenz.

Außerdem wollen wir die Idee aufgreifen und stärken, die bereits auf dem letzten Bundesparteitag im Antrag „Solidarity for all“ formuliert wurde: die Mehrabgaben sämtlicher LINKER Parlamentarier_innen sollen vollumfänglich an einen Verein gespendet werden, in dem nicht die Abgeordneten selbst exklusiv über die Verwendung der Gelder entscheiden, sondern Vertreter_innen der Zivilgesellschaft, der sozialen Bewegungen und Gruppen. Mit diesem entscheidenden Schritt könnten wir als LINKE ein Signal in die Gesellschaft senden, endlich selbst einen Akzent setzen, anstatt uns nur an Rechtspopulisten abzuarbeiten und uns positiv absetzen vom gesamten sonstigen Personal des Politikbetriebes, den wildgewordenen Kleinbürgern von der AfD inklusive.

LAG Betrieb & Gewerkschaft wählte neue Vertreter*innen

Marianne Küng-Vildebrand Marianne Küng-Vildebrand von den Mitgliedern als Landesparteitagsdelegierte und Landessprecherin mit großer Mehrheit bestätigt

Die Mitgliederversammlung der Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb&Gewerkschaft Sachsen startete in der Landesgeschäftsstelle der GEW Sachsen munter in den Tag, gleich von Beginn weg beteiligten sich die Mitglieder rege an den Diskussionen, und es gab viel zu besprechen.

Nach den Grußworten von Cornelia Falken, Bezirksvorsitzende der GEW Leipzig und bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, und Adam Bednarsky, Vorsitzender DIE LINKE. Leipzig, referierte Nico Brünler, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, zum Thema „Industrie/Arbeit 4.0“. Als Ergebnis der anschließenden Diskussion vereinbarten die Mitglieder der LAG b&g und der Landtagsfraktion, Leitlinien/Eckpunkte zu Industrie/Arbeit 4.0 zu erarbeiten und diese im Landesverband einzubringen:

Rico Gebhardt, Landes- und Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Sachsen, stellte sich nach der Mittagspause der Diskussion, vor allem die abgelehnten Anträge der LAG b&g zur Mitbestimmung der persönlichen Mitarbeiter*innen der Land- und Bundestagsabgeordneten auf dem letzten Landesparteitag, führte zu kontroversen Redebeiträgen. Die Mitglieder zeigten ihr Unverständnis ge-

genüber der Haltung keinen Betriebsrat zu lassen. Klaus Tischendorf, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Landtagsfraktion, wird nun das Gespräch mit ver.di suchen, um eine Umsetzung der Forderung einer Arbeitnehmervertretung durch einen Betriebsrat auf Landesebene zu ermöglichen. Den Mitglieder geht es um die Glaubwürdigkeit unserer Partei und deren Forderungen! Die Partei und Fraktionen setzen sich für eine starke Mitbestimmungsmöglichkeit der Beschäftigten mittels Betriebsräten ein, diese Forderungen sollen auch für unsere Mandatsträger*innen gelten, da dürfen sie sich nicht einfach wegdrücken.

Bei den anstehenden Wahlen für den Landesparteitag wurde Marianne Küng-Vildebrand mit 100 % der Mitgliederstimmen sowie Torsten Steidten wiedergewählt, als Ersatzdelegierter wurde neu Thomas Michaelis bestätigt. Die LAG b&g wird weiterhin von Torsten Steidten im Landesrat vertreten. Neu wählten die Mitglieder auch ihre Sprecher*innen: Uwe Kluge und Lars Stöckner, beide IG-Matell wurden mit 100 % und Florian Witte, IG-Metall, und Marianne Küng-Vildebrand, ver.di, wurden mit 95 % gewählt.

Reihe: Partei erklärt

diesmal: Die Aufstellung von Direktkandidat*innen zur BTW

Tilman Loos Eine Aufgabe von Parteien ist es, Kandidat*innen für öffentliche Wahlen aufzustellen. Wie aber genau läuft das? Zunächst gilt ein Grundsatz: Die Wahl von Wahlbewerber*innen bzw. Kandidat*innen für öffentliche Ämter läuft statt nach Organisations- nach Wohnortprinzip. Das Organisationsprinzip in unserer Partei besagt, dass jedes Mitglied einem Landes- und einem Kreisverband (meist auch: einem Ortsverband) zugeordnet ist. Diese Zuordnung orientiert sich bei Eintritt in DIE LINKE zwar am Wohnort, ist aber im Grunde frei wählbar. So könnte jedes Mitglied in Leipzig in den Kreisverband Vogtland wechseln, oder auch in den Landesverband Niedersachsen und den Kreisverband Hannover. Kandidat*innen werden jedoch nicht von Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen der territorialen Parteiorganisationen gewählt, sondern von Mitgliedern nach Wohnort. Direktkandidat*innen für die Bundestagswahl in Leipzig können daher nur von Mitgliedern der Partei DIE LINKE gewählt werden, die ihren Hauptwohnsitz in Leipzig haben - unabhängig davon, ob diese als Mitglied im Stadtverband organisiert sind. Nach Wahlgesetz dürften übrigens auch alle Mitglieder unserer Partei, die in Leipzig wohnen, über beide Direktkandidat*innen abstimmen. Aber hier greift die Bundessatzung unserer Partei, welche besagt, dass die Direktkandidat*innen in einem Bundestagswahlkreis auch immer nur von den Mitgliedern gewählt werden dürfen, die ihren Hauptwohnsitz nicht nur in Leipzig, sondern in genau diesem Wahlkreis haben.

Dazu kommt, dass nicht jedes Mitglied stimmberechtigt ist, sondern nur die Mitglieder, die zum Zeitpunkt der Aufstellungs- bzw. Wahlversammlung theoretisch zur Bundestagswahl wahlberechtigt wären. Wer also einen Tag vor der Bundestagswahl 18 Jahre alt wird, ist zum Zeitpunkt der Wahl der Direktkandidat*innen noch nicht wahlberechtigt - darf also am Ende bei der Bundestagswahl mitwählen, jedoch nicht entscheiden, wer Kandidat*in ihrer oder seiner Partei für eben diese Wahl wird.

Wer aber darf Direktkandidat*in werden? Hier sind die Regeln sehr viel freier. Von einer Partei aufgestellt werden kann, wer nicht Mitglied einer anderen Partei ist. Das heißt, DIE LINKE darf Nicht-Mitglieder so lange aufstellen, so lange sie nicht Mitglied einer anderen Partei sind. Ansonsten ist wählbar, wer mindestens 18 Jahre alt ist und die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt.

Der Parteivorstand (Bundesebene) und der Landesverband schließen zudem Vereinbarungen mit den Kandidat*innen ab. Diese beinhalten Mandatsträger*innen Beiträge, im Falle einer erfolgreichen Wahl eine Beteiligung an den Wahlkampfkosten uvm.

„Wer flüchtet schon freiwillig“

Grete Bach Katja Kipping war im Leipziger Norden zu Gast

Können wir das machen? Hat die Parteivorsitzende mit all ihren Verpflichtungen und Terminen Zeit, in eine Basisgruppe weit weg von der Hauptstadt und von ihrem Wohnort zu kommen? Und wird sie Lust haben, ein Thema mit uns zu diskutieren, mit dem sie sich schon im Bundestag, im Parteivorstand und in vielen Talkshows seit Monaten immer wieder auseinandersetzen musste?

Es war Anfang des Jahres, als der Vorstand des Stadtbezirksverbands Leipzig Nord über den Veranstaltungsplan 2016 diskutierte und die Idee aufkam, doch mal bei unserer Vorsitzenden Katja Kipping anzufragen, ob sie nicht zu uns kommen könnte, um ihr damals gerade frisch aus dem Druck gekommenes Buch zur Flüchtlingsproblematik vorzustellen. Das Thema war damals in aller Munde und es war klar, dass es uns auch künftig noch lange und intensiv beschäftigen würde. Ein Thema, das damals wie heute zu erheblichen Auswirkungen auf das politische Klima in Deutschland und Europa geführt hat. Verflochten mit sozialen Abstiegsängsten, bei vielen Menschen weckte es Unzufriedenheit und Sorgen, die sich in der Pegida-Bewegung und ihren Ablegern äußerten, den Aufwind für die AfD bewirkten und Rechtsentwicklungen förderte, die einem in Diskussionen immer wieder entgegenschlugen. Da konnte es nur hilfreich sein, mit einer erfahrenen Politikerin über alle Aspekte, die es rund um die Flüchtlingsproblematik gibt, zu diskutieren, offene Fragen los zu werden, eigene Ansichten zu bestärken oder zu korrigieren, sich Rat und Argumente für künftige Diskussionen zu holen.

Und wir bekamen einen Termin. Das hat uns sehr gefreut, und mit großer Spannung und Vorfreude haben wir die Veranstaltung vorbereitet, unsere GenossInnen aktiviert, den Stadtverband über unsere Parteimedien und die Öffentlichkeit über die LVZ informiert. Wie immer, wenn namhafte Referenten unsere Gäste sind, waren wir ein wenig in Unruhe, ob der Saal gut gefüllt sein würde aber er war es, unsere GenossInnen hatten sich auf den Weg gemacht, ihre Partner mitgebracht, Gäste aus anderen Leipziger Stadtbezirken waren da, die Öffentlichkeit weniger. Es ist immer wieder erstaunlich, dass die Bürger solche Gelegenheiten, bekannte Politiker vor Ort zu erleben und ihre Anliegen vorzubringen, nur wenig nutzen und sie lieber vom Sofa aus in den Talkshows erleben - eigentlich schade! Aber Angebote für solche öffentliche Foren werden wir trotzdem auch weiterhin unterbreiten.

Katja Kipping begann ihre Lesung mit einem Bild, das auch in ihrem Buch Einleitung ist: sie betrachtet in einer Galerie ein Gemälde,



Bild: Vor der Vorstellung des Buches fand ein Fotoshooting mit Katja Kipping, Juliane Nagel und „Clowns & Clowns“. Mehr Infos über die Gesundheitsclowns für kranke Menschen: www.clowns-und-clowns.de

auf dem Schiffbrüchige auf einem kleinen Kahn mit den Naturgewalten kämpfen, mit Sturm und Wellen, Wind und Meer ... nein, ein Schlauchboot ist es nicht auf dem Gemälde, aber wem kommen nicht gleich diese beklemmenden TV-Bilder ins Gedächtnis, mit denen wir seit Monaten konfrontiert sind - Flüchtlinge in überfüllten alten Schlauchbooten, Frauen, Kinder, Männer in Rettungswesten oder ohne, voller Bangen auf die Wogen um sich blickend, hoffend auf das rettende Ufer oder Schiff und Helfer ... Und da brandet die Diskussion sofort los: jeder hat Verständnis für die Flüchtenden aus Ländern, in denen Krieg und politische Instabilität herrscht, aber die Wirtschafts- und Armutsflüchtlinge, Klimaflüchtlinge, die in steigender Zahl sich auf den Weg nach Europa machen, müssen und können wir auch ihnen helfen? Und was ist mit der Fluchtursachenbekämpfung, die auch Politiker immer wieder als Lösungsansatz benennen, können sie überhaupt funktionieren, wo eine faire Wirtschaftspolitik doch den Interessen von Waffenproduzenten und Lieferanten, wie auch den Konzerninteressen der Unternehmen, die in den ärmsten Ländern dieser Welt agieren, grundlegend widersprechen? Warum ist eine gemeinsame europäische Flüchtlingspolitik gescheitert, und was kann man tun, um die Probleme trotzdem zu lösen? Gibt es gemeinsame Positionen der Europäischen Linken in der Flüchtlingspolitik? Und wie kann man die zu uns gekommenen Menschen nachhaltig für uns und für sie integrieren? Eine Flut von Fragen und Meinungen, die sich auf Katjas Notizzettel wiederfinden und die sie kompetent und überzeugend zu beantworten sucht, wir kennen das ja schon aus zahlreichen Talk-

shows, in denen sie sich behaupten musste. Die Quintessenz der Diskussion fasst ein Statement des Verlages sehr gut zusammen, das auf dem Werbeflyer für das Buch zu finden ist: „Die Flüchtlingsbewegungen nach Europa verweisen auf die Ungerechtigkeit unserer Weltwirtschaftsordnung. So, wie wir wirtschaften und handeln, wie wir arbeiten, konsumieren und Politik machen - so kann es nicht weitergehen, unsere Gesellschaft muß sich neu erfinden!“ Argumente, wie das gehen könnte, werden dargelegt, Katja legt „ein mutmachendes Bild für die Zukunft dar“, wie der Werbeflyer verkündet. Die Zuhörer nehmen es dankend auf.

Natürlich wollen die Anwesenden Katja nicht ziehen lassen, ohne ihre Meinung zu aktuellen Entwicklungen in der Partei zu erfragen. Der Bundestagswahlkampf hat begonnen, ein Wahlprogramm soll erarbeitet werden, über Rot-Rot-Grün wird diskutiert, den einen zur Freude als neue Herausforderung, den anderen ist das eine Horrorvision mit vielen roten Haltelinien, die einzufordern wären. Viel Zeit bleibt nicht, Katja verweist auf eine Veranstaltung am 6.11.2016 in der Galerie KUB, bei der die Diskussion mit Bernd Rie-xinger weitergeführt werden kann. Dann muß sie sich auf den Weg zur Universität machen, dort warten schon die Studenten auf sie.

Bilder: le-grex, Andy Sauer, Antje Kind



3 Bilder aus dem November

Bild links oben: Am 5. November feierte das INTERIM im Standort an der Demmeringstr. 32 sein einjähriges Bestehen und das gute „Ankommen“ im Stadtteil. Zunächst gab es Kaffee & Kuchen und danach wurde ausgeliebig getanzt.

Bild rechts oben: Am 15. November traf sich die LINKE Bundestagsabgeordnete Susanna Karawanskij mit dem SV Lindenau - und übergab auch eine Spende (siehe Artikel auf dieser Seite).

Bild rechts unten: Am 26. November diskutierten Dietmar Bartsch (DIE LINKE), Katarina Barley (SPD) und Anton Hofreiter (GRÜNE) unter großem Interesse von Publikum und Medien in der Konsumzentrale in Leipzig über einen möglichen Politikwechsel nach der Bundestagswahl 2017.



Spenden an den SV Lindenau

Anna Gorskih und Andy Sauer Verein leistet seit Jahren Integrationsarbeit für Geflüchtete

Der SV Lindenau ist einer der größten und ältesten Sportvereine im Leipziger Westen. Der Sportverein bietet Betätigungsmöglichkeiten in unterschiedlichen Sportdisziplinen, unter anderem Fußball, Tennis, Leichtathletik und einige weitere. Darüber hinaus ist der SV Lindenau auch einer der aktivsten Vereine, was die Arbeit mit Migrant_innen und Geflüchteten angeht. 2015 gewann der Sportverein einen Integrationspreis des Deutschen Fußballbundes und erregte dabei bundesweit Aufmerksamkeit. Der SV Lindenau kann daher berechtigterweise als ein Musterbeispiel für soziale Verantwortung und Integrationsarbeit sowohl im Stadtteil als auch im Breitensport bezeichnet werden: Die Vereinsmitglieder und ihre Mitstreiter_innen haben proaktiv Kontakt mit geflüchteten Menschen in Heimen gesucht und sie zum Fußballspielen eingeladen. Dafür wurden Sprachmittler_innen für Arabisch und Englisch eingeladen, damit die Verständigung und Kommunikation auf dem Feld und zwischen den Sportbegeisterten gewährleistet und ein gegenseitiges Kennenlernen ermöglicht werden kann.

Das Angebot des Vereines richtet sich sowohl an Frauen und Männer als auch an Kinder. So können sich die Jüngsten ab dem Alter von 4 Jahren in Fußball oder anderen Spielarten ausprobieren. Aufgrund des großen Zulaufs und einer hohen Zahl an Neuanmeldungen befindet sich der SV aktuell an der Belastungsgrenze. Um allen Interessierten ein angenehmes Training zu ermöglichen, ist es erforderlich, die Infrastruktur weiter auszubauen. So soll nun ein Kunstrasen entstehen und außerdem eine Lichtenanlage für das Kleinfeld angebracht werden, wofür es einer Finanzierung bedarf. Aktuell sammelt der Sportverein daher Spenden für seinen Eigenanteil beim Bau eines Kunstrasenplatzes. Die Abgeordneten Susanna Karawanskij, Juliane Nagel, Marco Böhme und Axel Troost beteiligten sich bei der Finanzierung und spendeten insgesamt 400 €, um dieses Ausbauprojekt zu unterstützen, damit der SV Lindenau sein Angebot verbessern und weiterhin vielen Menschen, die Spaß am Sport haben, eine optimale Ausstattung bieten kann.

kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **Artikel, die niemand liest:** Es gibt mehrere Möglichkeiten, dafür zu sorgen, dass ein Artikel in dieser Zeitung von möglichst wenig Menschen gelesen wird. Wenn der Artikel zu lang ist und qua Zeichenzahl die Leser*innen erschlägt, stellt eine Möglichkeit dar. Wenn es kein (schönes und qualitativ hochwertiges) Bild gibt, sinkt die Chance auf's Gelesen-Werden ebenso. Wenn nicht klar wird, worum es im Artikel geht, sei es, weil der Artikel es selbst nicht klarmacht oder weil es weder passende Überschrift noch Unterüberschrift gibt, passiert dies ebenfalls. Wer mag, schreibt also lieberknackige Artikel und liefert am besten auch gleich ein paar schicke Bilder mit :)
- **Hilfe dringend gesucht:** Für die Gesamtmittgliederversammlung am 21. Januar 2017 werden noch dringend Helfer*innen für die Kommissionen (vor allem Mandatsprüfungs- und Wahlkommission) gesucht. Wer irgendwie helfen kann, meldet sich bitte bei Steffi Deutschmann in der Geschäftsstelle. Telefonnummer: 0341 140 644 11

Fidel siempre presente

AG Cuba Sí, Regionalgruppe Leipzig Zum Tode von Fidel Castro

„Der Führer tausender Kämpfe ist gestorben, in unseren Gedanken bleibt sein Beispiel. Sie können sicher sein, dass wir weiter vorwärtsgehen und Sie gehören zu den Tausenden in der Welt, die mit uns sind. Für immer FIDEL“, so die E-Mail-zeilen von Adela Zapata, Leiterin des Kindergartens „Estrellitas nacientes“, Matanzas, Cuba, am Tag der Nachricht über Fidels Tod an die AG Cuba Sí, Regionalgruppe Leipzig.

Dr. Sergio Ballester Pedroso, der im Juni 2016 zu Gast bei Cuba Sí Leipzig war, sagte am 28.11.2016: „Fidel bleibt immer bei uns. Die Kubaner kommen jetzt zu den eingerichteten Plätzen, an denen sie von Fidel Abschied nehmen, ihre Gedanken über den weiteren Weg des Landes niederschreiben können. So erhalten alle Menschen unseres Landes erneut die Möglichkeit, über den weiteren Weg mitzubestimmen. Wir setzen unseren Weg fort.“ Die in Deutschland lebende Kubanerin Mely Acosta schrieb am 28.11.2016: „Wer die Geschichte Kubas kennt weiß, was Fidel für uns Kubaner bedeutet und wie viel er uns fehlen wird.“

Diese Gedanken an unsere Regionalgruppe Cuba Sí sind nur ein winzig kleiner Splitter der Gedanken und Gefühle Millionen Kubaner, nachzulesen in den Kommentaren auf den Internetseiten der kubanischen Zeitungen.

In Havanna reißt die Menschenkette am Platz der Revolution nicht ab. Tausende Kubaner erweisen in tiefer Trauer ihrem Comandante die letzte Ehre. Bilder aus Kuba und die in der Bevölkerung vorherrschenden Gedanken der zutiefsten Verehrung ihres Comandante fehlen in den hiesigen Medien.

Während sich die ganz Jungen Kubas einst an Fidel vielleicht als einen energischen und ehrwürdigen, von ihren Eltern und Großeltern verehrten alten Mann erinnern, erlebten viele der heute 50-Jährigen Fidel als einen, der seinen Sicherheitsleuten entlief und überraschend auf Schulhöfen, Sportplätzen auftauchte, Basketball mitspielte, sich bei den Schülern nach ihrem Befinden erkundigte. Es konnte sein, dass er wenige Stunden später in Santiago de Cuba oder Bayamo ebenso bei der Jugend auftauchte. Auf diese Art und Weise, mit seinen Reden, mit seiner Lehre, mit seiner Legende war und ist Fidel im Leben der Kubaner presente.

Gemeinsam mit dem kubanischen Volk, mit der fortschrittlichen Menschheit gedenken wir Fidel Castro Ruz als eine Persönlichkeit höchsten Formats.

Der Sieg der kubanischen Revolution unter Fidels Führung beweist, dass eine bessere Welt möglich ist und gibt den fortschrittlichen Menschen Zuversicht, Mut und Kraft, für diese Welt zu kämpfen. Fidel hat die Revolution

gelebt und vorangetrieben gegen alle Widerstände, Subversion und allen Terror (darunter über 600 Attentatsversuche gegen ihn!) der benachbarten Supermacht USA und anderer imperialistischer Regierungen.

Unter Fidels Führung wurde Cuba zu einem Vorbild an internationalistischer Politik und Solidarität: so beim Befreiungskampf in Angola, im Kampf gegen Ebola auf dem afrikanischen Kontinent, die humanitäre Hilfe in dem von Naturkatastrophen geplagten Haiti, in seiner umfangreichen, vielfältigen Solidarität mit dem fortschrittlichen Lateinamerika und dem Aufbau selbstbestimmter Gesellschaften und sozialer Entwicklungen dort.

Unaufhörlich kämpfte Fidel für den Frieden, für Umwelt- und Klimaschutz, gefährdet durch die Profitgier des Kapitalismus.

Wir sprechen unser herzliches Beileid an die Familienangehörigen, an die kubanischen Genossen, an das kubanische Volk aus.

Adela Zapata hat recht, selbstverständlich stehen wir weiterhin fest an der Seite des kubanischen Volkes bei seiner Verteidigung und nachhaltigen Entwicklung seiner sozialistischen Errungenschaften und unterstützen es dafür mit unseren solidarischen Aktivitäten im Geiste Fidels: Eine bessere Welt ist möglich! Hasta la victoria siempre!





Bericht aus Kuba

Andrea Hoffmann für Cuba Si Leipzig Kubasolidarität und linke Politik gehören zusammen

Zwei Mitstreiter der AG Cuba Si RG Leipzig nahmen am Workcamp von Cuba Si in der Provinz Mayabeque vom 24.09. - 16.10.2016 teil. Ein umfangreiches, interessantes Programm hatten die kubanischen Freunde für die zehn Workcamp - Teilnehmer aus Berlin, Düsseldorf, Eberswalde, Leipzig und Oelsnitz vorbereitet.

Die solidarische Arbeit auf dem durch Cuba Si unterstützten Landwirtschaftsprojekt stand dabei im Mittelpunkt. Bei der Feldarbeit ging es um die Aussaat von Kinggras, einer Futterpflanze für die Kühe. In den Ställen halfen die Workcamp - Teilnehmer bei der Kälberfütterung. Weitere Einsätze erfolgten bei verschiedenen Renovierungsarbeiten.

Wir hatten Empfänge durch die Provinzleitung in San Jose de las Lajas, der Hauptstadt der Provinz Mayabeque (ca. 30 km südwestlich von Havanna entfernt), der Projektleitung, ACPA-Leitung in Havanna (ACPA = Kubanische Vereinigung für Tierproduktion - Partnerorganisation von Cuba Si). Weiterhin gab es Empfänge durch das ICAP (Kubanisches Institut für Völkerverfreundschaft) in Havanna und in Matanzas. Die Wertschätzung der vielfältigen solidarischen Hilfe durch Cuba Si wurde von kubanischer Seite immer wieder hervorgehoben. Das ist Motivation, auch nach 25 Jahren erfolgreicher Solidaritätsarbeit für das sozialistische Kuba zu wirken. Zudem ist die Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade der USA gegen Kuba nicht beendet. Das von US- Militär besetzte Territorium in Guantanamo ist noch immer nicht an Kuba zurückzugeben, und die finanziellen Ausgaben für US- Programme zur Destabilisierung Kubas werden weiter erhöht.

Im Kindergarten „Estrellitas Nacientes“ (Aufgehende Sternchen) in Matanzas wurden wir herzlich von der Leiterin Adela Zapata und ihren Mitarbeiterinnen sowie von der Elternvertreterin Yahimara Cruz begrüßt. Die AG Cuba Si RG Leipzig unterstützt den Kindergarten seit vielen Jahren. Wir konnten bei diesem Besuch eine Sachspende unserer RG in Form von 150 Suppenlöffeln übergeben. Die Freude war groß, da die Löffel dringend benötigt wurden. Bereits im August überreichte unsere Gruppensprecherin Gudrun Schmidt diesem Kindergarten eine Spende unserer Leipziger Regionalgruppe Cuba Si in Höhe von 300,- Euro. Wie besichtigten während eines Rundgangs die Räumlichkeiten und den Außenbereich. zu dem auch ein Gemü-

segarten gehört. Mit Freude zeigte man uns, was mit Hilfe unserer finanziellen Spenden erreicht werden konnte. Eine Wäscherei wurde eingerichtet, die Küche ist modernisiert und renoviert, ein Sonnenschutz im Spielbereich des Freigeländes wurde errichtet und Malerarbeiten konnten ausgeführt werden. Zum Schluss sprachen wir mit Adela Zapata, Leiterin des Kindergartens, über zukünftige Verbesserungen.

Im Hospital „Leopoldito“ in San Jose de las Lajas begrüßte uns der Chefarzt und Gynäkologe Dr. Livan Gainza Leshe. Er zeigte uns die Spenden von Cuba Si, moderne Patientenbetten und Mobiliar für die Krankenzimmer. Die Arbeit der Fachbereiche dieser Einrichtung wurden uns vorgestellt. Ein neuer Bereich, eine Augenabteilung, befindet sich im Aufbau. Im Auslandseinsatz befinden sich z. Z. 32 Ärzte.

Wir konnten anschließend das Seniorenheim der Provinzhauptstadt kennenlernen. Dort leben 56 Senioren, die von 76 Angestellten betreut werden. Es gibt eine Diätchefin und auch eine Krankenschwester. Im Jahre 2014 hatte Cuba Si für diese Einrichtung Betten und Matratzen gespendet. Ob in den Landwirtschaftsprojekten, im Krankenhaus, in der Schule oder im Kindergarten - überall, wo wir hinkamen, zeigten uns die Kubaner mit Freude und Stolz die Ergebnisse der solidarischen Unterstützung durch Cuba Si. Ihre große Dankbarkeit geben wir an dieser Stelle allen Genossen und Genossinnen weiter, die mit ihren Spenden die Solidarität mit Kuba wirkungsvoll unterstützten und unterstützen. Wir Workcamper hatten ebenfalls Spenden mitgebracht. Dazu ist zu sagen, dass die beiden Teilnehmer aus Düsseldorf Sachspenden mit einem Gewicht von insgesamt 75 kg dabei hatten. Die Fluggesellschaft „Condor“ transportierte dieses Übergewicht ohne Aufpreis, da es sich um humanitäre Hilfe handelte. Vielen Dank der „Condor“.

Weiter ging es zur Tamara-Bunke-Schule, welche ebenfalls Unterstützung durch Cuba Si erhält. Mit Liedern und Rezitationen wurden wir begrüßt.

Eine besondere Ehre kam uns zu. Es waren 80 Zeichnungen, die Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren angefertigt hatten, von uns zu bewerten. Zehn Arbeiten sollten ausgezeichnet werden. Eine schwere Aufgabe! Es ging um einen Zeichenwettbewerb, den ACPA veranstaltete. Das Thema: „Umwelt - Bienen

- Imkereei“. Die Preisverleihung bekam einen hohen Stellenwert, da die kubanische Bildungsministerin Ena Elsa Velazquez Cobiella daran teilnahm.

In Havanna gab es ein Wiedersehen mit Dr. Sergio Ballester Pedroso. Er war im Juni Gast unserer RG im Rahmen der Aufführung des preisgekrönten kubanischen Spielfilms „Conducta“. Der Workcamp-Gruppe konnte er einen Besuch im Alphabetisierungsmuseum vermitteln. Er war selbst Teilnehmer und damit Zeitzeuge der Alphabetisierungskampagne im Jahre 1961. Die Direktorin Luisa da Campo erklärte uns die Lernmethodik und die perfekte Organisation dieser erfolgreichen Bildungsaktion. Ca. 25 % der Bevölkerung Kubas konnte danach lesen und schreiben. Die Cuba Si RG Leipzig plant im nächsten Jahr 2017 einen Themenabend zur Alphabetisierung Kubas.

Zum Schluss noch ein paar Anmerkungen zum Hurrikan „Matthew“, der während unseres Aufenthalts seine grausamen Spuren auf der Insel hinterlassen hatte. Deutschen Medien war diese Katastrophe in Kuba kaum eine Meldung wert. Warum auch? Keine Toten! Die sensationelle gute Organisation des kubanischen Zivilschutzes verhinderte, dass Menschen ums Leben kamen. Doch sind hohe Sachschäden zu beklagen. Die älteste Stadt Kubas - Baracoa - wurde schwer zerstört. Im Betriebsteil Imias des Cuba Si- Projektes in Guantanamo sind ebenfalls große Sachschäden entstanden. Die Spendenaktion für den Wiederaufbau ist angelaufen. Wir bitten um eine große Beteiligung daran. Die Spenden sind zu richten an:

- Berliner Sparkasse, IBAN DE 06 1005 0000 0013 2222 10, BIC BELADEBEXX
- Verwendungszweck: Milch für Kubas Kinder/Guantanamo - Bitte unbedingt „Guantanamo“ angeben! Nicht Hurrikan u. a.

Diese Reise hat unsere Überzeugung weiter vertieft, bei der Weiterentwicklung des Sozialismus in Kuba mit unseren Möglichkeiten mitzuhelfen. Nach 500 Jahren schlimmster Unterdrückung, Ausbeutung, Erniedrigung und des Blutvergießens werden die Kubaner ihre Errungenschaften für eine menschenwürdige Gesellschaft für alle Kubaner*innen nicht aufgeben. Gesellschaftliche Probleme werden von ihnen angegangen und Lösungen erarbeitet. Hasta la victoria siempre! Viva Cuba!

Barbara Höll

»Für eine starke LINKE: progressiv, gerecht und sozial«

Liebe Genossinnen und Genossen, nach reiflicher Überlegung habe ich mich entschieden, erneut für den Bundestag zu kandidieren. Viele Menschen in, aber auch außerhalb der LINKEN baten mich, meine Erfahrungen und Kompetenzen als ehemalige Leipziger Abgeordnete erneut im Deutschen Bundestag einzubringen, in und für Leipzig zu kämpfen. Eine starke kompetente LINKE ist in der heutigen Zeit wichtiger denn je. Viele Menschen sind zutiefst verunsichert und haben Ängste. Die Gesellschaft ist gespalten. Sozialabbau, Leistungsdruck, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Kinder- und Altersarmut, steigende Mieten, aber auch die Angst vor dem sozialen Abstieg bestimmen das Leben. Unter ROT-GRÜN haben viele Menschen den größten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik erfahren müssen. Während Agenda-Architekt Steinmeier als Bundespräsident ins Schloss Bellevue einziehen darf, werden Hartz IV-Bezieher*innen durch Entscheidungen der Politik und Ämter drangsaliert, im Alter droht ihnen Armut, Kindern ist vielfach der Weg zu guter Bildung versperrt. In Städten wie Leipzig wird preiswerter Wohnraum wegsaniert. Leiharbeit, befristete Arbeitsverträge, Verdichtung der Arbeitsprozesse und immer noch 25 Prozent weniger Lohn für Frauen gegenüber ihren männlichen Kollegen sind Ergebnis einer als alternativlos verkauften Politik von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen. Die Menschen haben die Nase voll, von einer „weiter so“-Politik. Von Politiker*innen, denen die Sorgen der Menschen egal sind, von endlosen Erklärungen warum etwas nicht geht, von der Arroganz der Macht. Die Menschen wollen eine wirkliche Veränderung!

Ein junger Familienvater erzählte mir neulich sein Leid. Seit Jahren bezieht er Hartz IV und ihm ist klar, dass er im Alter nur die Grundsicherung erhalten wird. Für seine Tochter zahlt das Amt einen Unterhaltsvorschuss, welcher mit dem Hartz IV-Satz verrechnet wird. Das heißt, das kleine Mädchen erhält nicht einen Euro von diesem Vorschuss, doch bei ihrem Papa läuft dieser Vorschuss als Schuld auf – Monat für Monat. Die Bundesregierung möchte nun ein neues Unterhaltsvorschussgesetz verabschieden. Dabei ist weder die Finanzierung klar noch würden die Unterhaltszahlungen bei 87 Prozent der Anspruchsberechtigten ankommen, weil sie ihnen als Hartz-IV-Empfänger*innen von der Grundsicherung abgezogen würde. Das ist ein Skandal, und mal wieder werden Menschen von der Politik enttäuscht. Thema Rente: Viele Menschen vertrauten den Versprechungen der Bundeskanzlerin, die Ostrenten anzugleichen und hofften auf eine Regelung ohne Streichung der Höherbewertung. Vielen von ihnen haben aufgrund

leerer Versprechungen entnervt aufgegeben und nehmen hohe Rentenabschläge in Kauf, um den Druck im Erwerbsleben nicht mehr ertragen zu müssen. Ob Kindergeld, Hartz IV-Regelsätze, Investitionen in den sozialen Wohnungsbau und Mobilität für alle, so dreht sich vieles ums Geld. Wir haben vernünftige Konzepte entwickelt und die Menschen fragen uns zu Recht, ob diese Konzepte umsetzbar sind. Deshalb sind wir in der Pflicht, genau dies aufzuzeigen. Dazu braucht es auch einer durchdachten Steuerpolitik. Wo nehmen wir das Geld her? Wie entlasten wir die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen? Steuerfragen sind immer auch soziale Fragen. Leider haben uns auf diesem Themenfeld die Grünen unsere Oppositionsführerschaft abgenommen. Während DIE LINKE in der 17. Wahlperiode zum Beispiel noch 50 kleine Anfragen zur Steuermaterie stellte, von denen ich 43 initiierte, sind es derzeit nur 16. Die Umsetzung des Parteitagebeschlusses zur Kindergrundsicherung harret immer noch seiner Umsetzung genauso wie die Untersetzung unseres Beschlusses zu einer solidarischen Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro. Zur Stärkung der steuerpolitischen Kompetenz der nächsten Fraktion kann ich vieles beitragen, genau wie für den queerpolitischen Bereich.

Durch meine langjährigen Erfahrungen im Bundestag werde ich keine Einarbeitungszeit benötigen. So ist es mir möglich, sofort in Berlin für Leipzig anzupacken. Durch meine ehrenamtliche Tätigkeit als Vorsitzende des Vereins der Bundestagsfraktion bin ich in enger Verbindung zu den Abgeordneten der derzeitigen Fraktion. Wir haben gemeinsam die Arbeit vieler sächsischer Initiativen unterstützen können. Als Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft DIE LINKE.queer bin ich intensiv in die aktuellen queer- und gleichstellungspolitischen Diskussionen eingebunden. So konnte ich auch aktiv die Vorbereitung und Durchführung der Magnus-Hirschfeld-Tage hier in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unterstützen. Gern würde ich mit einem offenen Büro und starker persönlicher Präsenz einen weiteren „Ort der Begegnungen der Generationen“ in Leipzig schaffen. Als stellvertretende Vorsitzende des Leipziger Stadtverbandes unserer Partei und Elternsprecherin konnte ich in den letzten drei Jahren neue Erfahrungen sammeln. Politik ist für viele Menschen nicht nur sehr fern, es fehlt ihnen immer mehr das Vertrauen in die Politik und Politiker. Und so passiert es, dass immer mehr Menschen rechten Hetzern auf den Leim gehen. Wir müssen verloren gegangenes Vertrauen in uns und unsere politischen Angebote zurückzugewinnen. Dies ist eine schwere, aber lohnende Aufgabe.

Liebe Genossinnen und Genossen, mit Eurer



Steckbrief Dr. Barbara Höll

- Jahrgang 1957
- Studium der Philosophie in Rostow am Don
- Promotion Dr.phil., wissenschaftliche Assistentin an der Handelshochschule Leipzig
- Mutter von 2 erwachsenen Söhnen und einer 13-jährigen Tochter, stolze Oma von vier Enkelkindern,
- Mitglied des Bundestages von 1990 – 2002 und 2005 bis 2013
- Ehrenamt: stellvertretende Stadtvorsitzende der LINKEN Leipzig, Vorsitzende des Vereins der Bundestagsfraktion, Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bundessprecherin der BAG DIE LINKE.queer und Elternsprecherin
- Mitgliedschaften: ver.di, Aids-Hilfe Leipzig, Bund der Antifaschisten und Luise-Otto-Peters-Gesellschaft

Unterstützung möchte ich mich in allen genannten Bereichen und darüber hinaus wieder für die Menschen in Leipzig, für die Stadt Leipzig und die Leipziger LINKE als Abgeordnete einbringen. Wir sind uns einig, dass ohne Unterstützung und Druck von außen die Mühlen der Politik oft nur langsam mahlen. Wir Leipziger*innen haben aber vielfach bewiesen, dass sich der Einsatz lohnt. Der PEGIDA-Ableger LEGIDA konnte in unserer Stadt nicht Fuß fassen. Gemeinsam mit dem Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“ und vielen Bürgerinnen und Bürgern haben wir als LINKE dazu beigetragen. Genau deshalb wird die Zusammenarbeit mit Projekten und Initiativen für mich auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen.

Wir müssen für Kraft und Dynamik sorgen, damit unsere Konzepte für mehr soziale Gerechtigkeit mit Umverteilung von oben nach unten, einer gerechten Steuerpolitik, gute Arbeit mit fairem Lohn, soziale Sicherheit, für mehr Demokratie und Frieden weitergetragen werden. Dafür stehe ich, mit Euch, gemeinsam für einen echten Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft.

Franziska Riekewald

»Für eine soziale Gesellschaft statt Konkurrenzkampf«

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Franziska Riekewald und ich bewerbe mich um das Direktmandat im Wahlkreis Leipzig-Nord für die Bundestagswahl 2017. Ich möchte mich an dieser Stelle persönlich vorstellen und einen kleinen Einblick in meine bisherige politische Biografie geben.

Ich bin 36 Jahre alt, bin verheiratet und habe zwei Kinder im Alter von sieben und neun Jahren. Mitglied unserer Partei wurde ich im Jahr 2000, mein politisches Engagement begleitet mich jedoch schon so lange ich denken kann. Wie so viele Leipzigerinnen und Leipziger hat auch mich die Arbeit in unsere Stadt gebracht. Da teile ich das Schicksal mit vielen jungen Frauen und Männern im Osten, welche vor allem wegen den besseren Arbeitsbedingungen ihre Heimat verlassen mussten und meist im Westen der Republik versuchen, ihr Leben erfolgreich zu meistern. Ich hatte das große Glück, dass mich mein Weg nur knapp 50 km entfernt von meiner Geburtsstadt Halle/Saale nach Leipzig geführt hat. Und so bin ich seit mehr als 15 Jahren als Mitarbeiterin im Marketing und Vertrieb in einem kleinen Leipziger Forschungs- und Entwicklungsbetrieb tätig. Damit stehe ich für eine Bevölkerungsgruppe in Leipzig, die im Moment überproportional wächst und wesentlich die derzeitige und künftige Stadtentwicklung mitprägt: junge Familien mit Kindern und relativ geringem Einkommen. Gleichzeitig ist dies auch eine Wählergruppe, in der wir im Moment augenscheinlich an Stimmen verlieren und die wir wieder zurückgewinnen müssen. Gerade viele junge Frauen gehören trotz Berufstätigkeit zu den Geringverdienern. Genau das sind die Probleme, die ich am eigenen Leib erlebe: weg vom Heimatort, ohne soziales Netzwerk, wo Oma oder Opa sich täglich um die Kinder kümmern können und noch dazu finanziell am stetigen Abgrund, weil die Löhne in Leipzig oft nur knapp zum Leben reichen - nicht zuletzt auch deshalb, weil die Mieten bedrohlich steigen. Ich denke es wäre gut, wenn jemand wie ich, die diese alltäglichen Probleme ganz vieler Menschen aus unmittelbarer Nähe selbst erlebt und mit ihnen teilt, für diesen wachsenden Teil der Leipziger Stadtgesellschaft Partei ergreift.

Der langjährige Spagat zwischen Familie, Beruf und Ehrenamt war und ist alles andere als leicht. Trotzdem war ich für DIE LINKE bereits in Halle u. a. als Stadträtin politisch tätig. Zurzeit engagiere ich mich ehrenamtlich für unsere Partei als Vorsitzende des Stadtbezirksverbandes Leipzig-Mitte und im SprecherInnenrat des Liebknecht-Kreises Sachsen. Beim Bundesparteitag in Magdeburg im Juni 2016 wurde ich darüber hinaus in den Partei-

vorstand gewählt, in dem ich seitdem Leipzig vertrete. An erster Stelle steht aber meine Tätigkeit im Stadtrat. Ich wurde im November als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wiedergewählt und bin verkehrspolitische Sprecherin unserer Fraktion.

Genau in diesem, untrennbar mit der Bundespolitik verbundenen Themenfeld würde ich - im Falle meiner Wahl in den Bundestag - meinen Schwerpunkt sehen. Für mich ist Mobilität ein zentrales Feld der öffentlichen Daseinsvorsorge. Nur wenn man/frau in der heutigen Zeit mobil ist, ist eine wirkliche Teilhabe am Leben möglich. Dabei ist das Thema Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ein riesiger Knackpunkt. Diese Konflikte spüren wir in Leipzig immer wieder. Ich erinnere da an den Kampf um die Linie 9, die nur aus finanziellen Gründen eingestellt wurde oder an die jährliche Steigerung der Fahrkartenpreise, gegen die ich mich immer wieder ausgesprochen habe. Der ÖPNV als Daseinsvorsorge kann nicht kostendeckend arbeiten und wird somit immer auf Zuschüsse aus Steuergeldern angewiesen sein. Gerade wenn es um die Finanzierung des ÖPNV geht, werden viele Weichen im Bund gestellt. Wenn jedoch die Verkehrspolitik dort so weiter macht wie bisher, bedeutet dies die Stärkung des umweltschädlichen Verkehrsträgers Straße und damit zwangsweise die Schwächung des Umweltverbundes (ÖPNV, Fahrrad, FußgängerInnen). Dies ist für mich nicht zuletzt auch aus klimapolitischen Gründen der völlig falsche Weg. Vor einem Jahr wurde bei der UN-Klimakonferenz in Paris u. a. beschlossen, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf deutlich unter 2 °C zu begrenzen. Die in Paris vereinbarten Ziele werden wir nur mit einer sozial-ökologischen Verkehrswende erreichen.

Mit Blick auf meinen (potenziellen) Wahlkreis Leipzig-Nord ist für mich ein weiterer Schwerpunkt das Thema Wohnen und Mieten, insbesondere deshalb, weil Verdrängung bzw. Gentrifizierung leider zunehmen und den sozialräumlichen Zusammenhalt der Leipziger Stadtgesellschaft bedrohen. Auch in Ortsteilen wie Lindenau, Leutzsch, Anger-Crottendorf oder Volkmarisdorf werden immer mehr Menschen von dieser Entwicklung eingeholt. Hier darf nicht das passieren, was im Leipziger Süden oder im Waldstraßenviertel bereits Realität ist: Luxusanierungen mit Nettomieten nicht unter 10 €/qm². Das können Geringverdienende, zu denen in Leipzig leider sehr viele gehören, einfach nicht bezahlen. Es gibt viele Ansätze, wie solcher Verdrängung entgegen gewirkt werden kann. Ein erfolgversprechender Weg, der Entmischung Einhalt zu gebieten, ist die Unterstützung der



Persönliche Daten:

- geboren am 21.08.1980
- verheiratet, 2 Kinder

Tätigkeit:

- 2001 - jetzt Mitarbeiterin im Vertrieb bei PITSID Leipzig GmbH
- 2002 - 2005 BWL-Abschlußstudium an der VWA Halle/S.
- 1997 - 2000 Ausbildung zur Kauffrau im Groß- und Außenhandel

Politische Aktivitäten:

- 2016 - jetzt Mitglied im Parteivorstand
- 2014 - jetzt Stadträtin in Leipzig, stellv. Fraktionsvorsitzende und verkehrspolitische Sprecherin
- 2010 - jetzt Vorsitzende Stadtbezirksverband Mitte
- 2010 - 2014 Stellv. Vorsitzende des Stadtverbandes Leipzig
- 2007 - 2009 Stadträtin in Halle/S., stellv. Vorsitzende Vergabeausschuss

Vielfalt verschiedener Wohnformen in einem Viertel. Ein Mittel ist dabei die gezielte Förderung von Sozialwohnungen, um bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen zu schaffen. Auch hier muss der Bund die Weichen stellen, in dem er gezielt für die betroffenen Städte entsprechende Förderprogramme auflegt. Auch möchte ich mich im Bundestag dafür einsetzen, dass es endlich zur Einführung einer „echten“ Mietpreisbremse kommt.

Der Wahlkreis Leipzig-Nord ist vielfältig und reicht von Böhlitze-Ehrenberg im Westen bis nach Althen-Kleinpösna im Osten. Viele Probleme bewegen die Menschen ortsteilübergreifend. Von der LINKEN erwartet man vor allem die Verteidigung der sozialen Errungenschaften, das Eintreten für eine soziale Gesellschaft statt Konkurrenzkampf. Genau in diesem Sinne möchte ich aktiv Verantwortung übernehmen für die Bundestagswahl 2017 und würde mich freuen, gemeinsam mit Euch einen engagierten, motivierten Wahlkampf mit vielen neuen Ideen zu bestreiten.

Maximilian Becker

»Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen«

Liebe Genossinnen und Genossen,

was bleibt vom Jahr 2016? Nach zahllosen rassistischen Angriffen ist Sachsen der Buhmann der Nation, der Brexit treibt das Zerbrechen der Europäischen Union weiter voran, und mit Donald Trump wurde kürzlich ein rassistischer und sexistischer Populist ins Weiße Haus gewählt. Kurzum: Die Demokratie befindet sich in einer tiefen Krise; die Gesellschaft rückt in Folge dessen vielerorts weiter nach rechts. Beides macht mich ängstlich und wütend. Gegen beides möchte ich mich wehren und die Vision einer solidarisch-gerechten Gesellschaft verfolgen. Der Weg dahin wird nicht leicht. Aber ich möchte ihn aktiv gestalten – gemeinsam mit Euch. Aus diesem Grund bewerbe ich mich als Direktkandidat unserer Partei für den Wahlkreis 153 zur Bundestagswahl 2017.

Geboren 1990, wuchs ich im beschaulichen Westthüringen, genauer gesagt in der Nähe von Eisenach auf. Um noch ein wenig in heimatlicher Umgebung bleiben zu können, entschied ich mich nach dem Abitur für ein duales Studium im Bankwesen. „Ein Banker bei der LINKEN?“ werden sich einige von Euch berechtigterweise fragen. Doch kann ich Euch entgegen: Gerade weil ich von der Pike auf gelernt habe, wie das moderne Bankwesen und der globalisierte Kapitalismus funktionieren, weiß ich wie wichtig es ist, gegen Ausbeutung & Ungleichheit sowie für die Abschaffung menschenunwürdigen Wirtschaftens zu kämpfen. Längere Auslandsaufenthalte in Äthiopien, Ruanda und China verstärkten mein Verlangen, für eine solidarische Welt einzutreten. Über den Umweg Halle kam ich 2014 nach Leipzig. Hier engagiere mich seitdem in verschiedenen globalisierungskritischen und umweltpolitischen Gruppen. Zu Beginn des Jahres schloss ich mein Masterstudium der Volkswirtschaft mit einer Abschlussarbeit über den Marx'schen Dienstleistungsbegriff erfolgreich ab. Motiviert durch eine Tätigkeit im Bundestag bin ich seit Anfang dieses Jahres Mitglied unserer Partei im Stadtverband Mitte. Für die Partei habe ich mich seitdem unter anderem bei den Protestaktionen zur Primark-Eröffnung sowie intensiv bei der Anti-CETA/TTIP Demo engagiert.

Nach vielen Gesprächen mit Freund*innen und politischen Mentor*innen habe ich mich nun entschieden, für die Direktkandidatur zu kandidieren. Dies hat zwei zentrale Gründe: zum einen erzeugt die vorherrschende Politik eine große Wut in mir. Wut darüber, dass politische Entscheidungen die soziale Ungleichheit immer weiter steigen lassen. Wut darüber, dass unser Planet zugrunde gerich-

tet wird und die verantwortlichen Unternehmen nicht in die Pflicht genommen werden. Wut darüber, dass Politiker*innen als elitäre Machthungrige auftreten und kein Interesse für die Ängste und Belange der Bürger*innen haben. Als Politiker möchte ich Derartiges offen und klar ansprechen. Um mit Karl Marx Worten zu sprechen: Ich möchte die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen.

Andererseits habe ich Visionen, wie diese Missstände überwunden werden können. Ich möchte Ungleichheit, Armut und Rassismus bekämpfen und einen Beitrag zu einer sozial und ökologisch gerechten Gesellschaft leisten. Konkret bedeutet das: Ich möchte dazu beitragen, dass alle Leipziger*innen vom Aufschwung der Stadt profitieren. Leipzig soll nicht länger eine der deutschen Armuts-hauptstädte sein. Ich möchte dafür kämpfen, dass Menschen von ihrer staatlichen Rente leben können. Ich möchte für langfristige und nachhaltige Arbeitsplätze in der Region kämpfen anstatt schlecht bezahlte Leiharbeit bei multinationalen Konzernen zu fördern. Die Steigerung öffentlicher Investitionen, die Angleichung der Ost- an die Westrenten sowie die Einführung eines wirklichen Mindestlohns sind drei Forderungen, die sich daraus ableiten. Außenpolitisch werde ich für ein friedvolles Miteinander sowie für ein solidarisches Wirtschaften ohne internationale Schiedsgerichte und Ausbeutung der Schwächsten eintreten.

Kurzum: Ich möchte kämpfen für ein gerechteres Leipzig, für ein weltoffenes Sachsen und für ein linkes Deutschland.

Vielleicht sagen einige von Euch, mir fehle die politische Erfahrung. Ich glaube, nicht Erfahrung ist die Kategorie, in der wir denken sollten, um eine Gesellschaft zu verändern. Viel größere Bedeutung hat die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden und die Vision, Schlechtes zum Guten zu verändern. Beides bringe ich mit. Ich möchte ein unbequemer Politiker sein, der verkrustete Strukturen hinterfragt. Ich möchte den Menschen zeigen, dass sie gehört und verstanden werden. Ich möchte ihnen Ratgeber und Stimme zugleich sein.

Abschließend noch eine Botschaft für Euch: Ich möchte nicht antreten, damit die CDU im kommenden Herbst den Wahlkreis 153 gewinnt. Ich möchte ab dem 21.01. bis zur Bundestagswahl an jedem Tag dafür kämpfen, dass wir gemeinsam die Menschen im Leipziger Osten, Süden und Westen davon überzeugen, dass die LINKE die beste und einzige Option für eine sozial gerechte Gesellschaft ist. Ich möchte die meisten Stim-



men im Wahlkreis 153 holen und für Euch, die Leipziger LINKE und die Menschen dieser Stadt in den Bundestag einziehen. Ich bin mir sicher, mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung werden wir dieses Ziel erreichen. In unserer Stadt steckt die Kraft zum Wandel, wir sollten sie nutzen. Dies ist die erste Vision, für die ich kämpfen werde. Es liegt an Euch, mir dies zu ermöglichen.

Herzliche und solidarische Grüße,
Euer Max

Damit wir uns besser Kennenlernen können, möchte ich Euch folgendes Angebot machen: **Am 12.01.2017 gibt es ab 19 Uhr im Dachgeschoss des Liebknecht-Hauses einen offenen Gesprächsabend** mit mir. Es wird um Eure Fragen und Wünsche sowie um meine Motivation und Ziele gehen. Kommt gern vorbei – ich freue mich darauf. Sagt Bescheid, wenn ihr dabei sein wollt (maximilian-becker@posteo.de oder 0176 47339599). Weitere Informationen zu mir und meinen Zielen findet ihr im Übrigen auch unter:

www.maximilian-becker.com

Tilman Loos

»Austeilen statt einstecken: Gemeinsam kämpfen und kollektiv gewinnen«

Liebe Genossinnen und Genossen, in aller Kürze möchte ich euch hier meine Motivation zur Kandidatur darlegen. Biographische Angaben findet ihr auf der rechten Seite. Ich werde an dieser Stelle keine großen programmatischen Ausführungen machen, zum einen, weil genau dafür Partei- und Wahlprogramm gedacht sind, zum anderen, weil dies bei meiner Vorstellung am 21. Januar auch noch eine Rolle spielen wird.

Tonart und Stil

Die Wahlerfolge des Rechtspopulismus und seiner Kandidat*innen, in Europa und auch in anderen Teilen unserer Welt, haben eine Reihe von Gründen. Die durch den Neoliberalismus vorangetriebene soziale Spaltung unserer Gesellschaft zieht auch kulturelle Brüche nach sich, so auch im Bereich von Sprache und Stil. Wenn Politiker*innen reden, schalten nicht Wenige einfach auf Durchzug. Be feuert wird die Distanz zwischen politischer Klasse und Bevölkerung freilich von einer schon lange vorhandenen Entfremdung, die auch durch die Ritualhaftigkeit des professionellen Politikbetriebes zusätzlich be feuert wird. Zeit also, dass wir als LINKE - nicht nur auf Plakaten - auch durch unsere Vertreter*innen auf einfache, zuspitzende und zur Umgebung passende Sprache setzen. Dabei darf es aber nicht um jene künstliche Empörungssphären gehen, die typisch für das Ritualhafte des Politbetriebes sind. Genausowenig ist Verstellung gefragt, sondern Authentizität ist, was zählt. In diesen Zeiten sind gute Politiker*innen die, die am wenigsten den Typus der klassischen Politiker*innen verkörpern.

Dazu kommt die politische Lähmung durch die große Koalition. Diese hat im Verbund mit den Erzählungen des Neoliberalismus eine scheinbare Alternativlosigkeit produziert und damit weite Teile der politischen Sphäre entpolitisiert. Das ist die Stimmung, auf die auch die AfD gerade aufsattelt. Es geht also darum, wieder die wesentlichen ideologischen Unterschiede herauszuarbeiten und klar zu benennen. Die anderen, die Rechten und Neoliberalen, sind nämlich die, die erzählen, man müsse sich zwischen Geflüchteten-unterkünften und Schulen entscheiden. Wir sind die, die sagen: Die Entscheidung liegt zwischen weiterer Umverteilung nach oben oder Umkehrung und Umverteilung nach unten und für das Öffentliche, für Schulen und bezahlbares Wohnen für alle, Geflüchtete wie nicht-Geflüchtete. Die anderen sind die, für die Freiheit und Sicherheit ein Privileg nur für Wohlhabende sein darf. Wir sind die, die sagen: Keine echte Freiheit ohne materielle Gleichheit. Dieses grundlegende Feld zu öffnen heißt auch, sich in der öffentlichen Auseinandersetzung nicht im Detailkampf in

Worten wie „Kappungsgrenze“, „Beitragsbemessungssatz“ zu verlieren.

Wie ich ein Mandat ausfüllen würde

Zunächst ist mir wichtig festzuhalten, dass jedes Mandat, das ein Mitglied unserer Partei erringt, Ausdruck einer kollektiven Leistung der gesamten Partei ist. Niemand hätte sein oder ihr Mandat ohne unsere Partei. Das Prinzip der Kollektivität darf deshalb nach der Wahl nicht vorbei sein. Euch und die Öffentlichkeit möchte ich zudem von Anfang an transparent über die Ressourcen unterrichten, die Abgeordnete im Rahmen ihrer Tätigkeit erhalten. Ich habe dazu bereits jetzt eine umfangreiche Übersicht auf www.tilmanloos.de veröffentlicht.

Mir ist außerdem wichtig, dass unsere Büros und Räumlichkeiten keine reinen Arbeitsorte für Abgeordneten-Mitarbeiter*innen sind, sondern mit Leben gefüllte Stützpunkte linker Politik in unserer Stadt, Veranstaltungs- und Versammlungsorte unserer Partei genauso wie Anlaufstellen für Menschen, die sich engagieren wollen, auch wenn sie selbst (noch) nicht Mitglied bei uns sind.

Die Zusammenarbeit und die aktive Unterstützung von außerparlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Gruppen ist für mich integraler Bestandteil politischer Arbeit. Für meine Prioritätensetzung heißt das: Lieber einmal bei einer überregionalen Demo die Buskoordination übernehmen als zwei Sekttempfänge der IHK besuchen, lieber Mieter*innenbündnisse unterstützen als sich mit Arbeitgeberverbänden treffen, lieber einen Eintopf für eine Veranstaltung vor Ort kochen, als Häppchen beim Frühlingsempfang der Sparkassen abzugreifen.

All das braucht aus meiner Sicht einen Umgang auf Augenhöhe. Eine Mandatsträgerin oder ein Mandatsträger darf nicht ausstrahlen, eine dem Lebensalltag oder der Basis enthobene Figur zu sein.

Ich möchte kein geleckter Politiker sein, der die immer gleichen und altbekannten Phrasen vom Blatt abliest und zu jeder noch so platten Frage eine platte Antwort hat. Ich möchte in der politischen Auseinandersetzung zuspitzen, ehrlich argumentieren, verständlich sprechen und bei unseren Gegner*innen auch gerne unbeliebt sein.

Wie ich mir den Wahlkampf vorstelle

Ich habe in verschiedenen Wahlkämpfen viel Erfahrung sammeln können – zuletzt auch als Wahlkampforganisator von Jule zur Landtagswahl. Ich glaube mittlerweile, dass viele Elemente des klassischen Wahlkampfes an ihre Grenzen gekommen sind. Das einzelne klassische Personenplakat geht im bunten Schilderwald der vollbehängenen Laternen unter, wie der Wald den man vor lauter Bäu-



- geboren am 28.01.1988 in Leipzig
- Wohnorte in Leipzig: Stötteritz, Meusdorf, Südvorstadt, Connewitz
- Grundschulen: Freie Schule Auguste in Reudnitz & Heinrich-Mann-Grundschule in Meusdorf
- Gymnasien: Wilhelm-Ostwald-Gymnasiums in Löbnitz und Humboldt-Gymnasium in Reudnitz
- Abschlüsse: 2007 Abitur in Leipzig, 2014 Bachelor Sozialwissenschaften & Philosophie an der Uni Leipzig
- bisherige Arbeitstätigkeiten: Arbeit im Callcenter, Catering (Kochen & Anrichten) für Projektgruppen, Standbetreuung, Satz- und Layout (u.a. Stadt Leipzig, Ring politischer Jugend Sachsen), ...
- derzeitige Tätigkeiten: Masterstudium Politikwissenschaft an der Uni Leipzig, parallel freiberuflich Layouter und Teilzeitjob in Berlin bei MdB
- Mitgliedschaften: DIE LINKE, linksjugend [solid], Rosa-Luxemburg-Stiftung, DIG, Humanistische Union (säkulare Bürgerrechtsorganisation), Wikimedia Deutschland e.V.
- bisheriges Engagement (Auswahl): Front Deutscher Äpfel, Ladenschluss-Bündnis, 1.-Mai-Bündnis, Initiativkreis Antirassismus, Initiativkreis Menschen.Würdig, the future is unwritten, Kritische Jurist*innen, Vorbereitungskreise Leipzig gegen die Februar-Nazidemokratie in Dresden, ...

men nicht mehr sehen kann.

Ich möchte daher mit euch einen Wahlkampf führen, der leidenschaftlich, aber nicht verkrampft, der kreativ aber nicht unverständlich, der gewitzt aber, nicht lächerlich ist. Kurzum: Gemeinsam mit euch würde ich gerne versuchen, dass Thomas Feist (direkt gewählter CDU MdB) der nächste Robert Cle- men (von Jule besiegt CDU MdL) wird.

Mike Nagler

»Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme.«

Niemand wird als politischer Mensch geboren. Der Anfang meiner politischen Prägung war ein Aufenthalt in Südamerika im Jahr 2000. Zur Zeit des „Wasserkrieges“ in Bolivien erlebte ich, wie einfache Bauern es schafften, sich erfolgreich gegen einen großen Konzern zu wehren. Die Regierung hatte auf Druck des Internationalen Währungsfonds das komplette Wasserversorgungssystem an den Bechtel-Konzern verkauft, der die Preise massiv anhub. Den Bürgern verbot man sogar, Regenwasser aufzufangen. Nach sechs Monaten Widerstand und einem Generalstreik zog sich der Konzern zurück. Heute organisieren die Bürger die Wasserversorgung wieder selbst. Warum, so fragte ich mich, soll das nur dort möglich sein? Mein politischer Eifer war geweckt.

Zu dieser Zeit hatte ich, geboren 1978 in Karl-Marx-Stadt, bereits meinen Lebensmittelpunkt in Leipzig gefunden und studierte an der HTWK. Ich habe mich deshalb zunächst vor allem mit hochschul- und bildungspolitischen Themen beschäftigt. So war ich unter anderem Landessprecher der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften (KSS) und Senator an der HTWK. Nach meinen Studienabschlüssen (Architektur und Bauingenieurwesen) habe ich als Dozent an der HTWK gelehrt und wurde dann von 2010 bis 2015 von der Landesregierung in den Hochschulrat berufen. In diesem Gremium habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Hochschulen nicht zu reinen Wissensfabriken degradiert werden. Vielmehr brauchen wir eine Bildungslandschaft, in der alle frei von Gebühren und gemäß ihren Interessen und Fähigkeiten selbstbestimmt studieren und lernen können.

Bereits während meiner Studienzeit habe ich begonnen, das Spektrum meiner politischen Tätigkeit zu erweitern. Zu meinen Schwerpunkten zählen schon seit langem die Sicherung öffentlichen Eigentums, der Kampf für Steuergerechtigkeit und die Regulierung der Finanzmärkte sowie mein friedenspolitisches Engagement. Ich engagiere mich in verschiedenen Netzwerken und Initiativen in Leipzig und bin seit vielen Jahren auch europä- und bundesweit in außerparlamentarischen Bündnissen wie Attac, dem Netzwerk Steuergerechtigkeit oder der Friedensbewegung aktiv. Außerdem bin ich langjähriges Mitglied der Gewerkschaft ver.di, der Europäischen Linken, bei Mehr Demokratie e.V., beim Rotfuchs und im Förderverein der HTWK Leipzig.

In den vergangenen Jahren habe ich mich u. a. bemüht, der zunehmenden Privatisierung im Leipziger Raum entgegenzutreten. Der Bürgerentscheid gegen die Privatisierung der städtischen Unternehmen, der den Ver-

kauf der Stadtwerke verhinderte, war ein großer Erfolg. Leider wurde das Folgebürgerbegehren für eine „Privatisierungsbremse“, das ebenfalls von zehntausenden Leipzigern unterzeichnet wurde, aus juristischen Gründen nicht zugelassen. Dennoch: Die Entwicklung der Stadt Leipzig und ihrer kommunalen Unternehmen in den letzten Jahren hat gezeigt, dass es notwendig ist, kommunales Eigentum zu verteidigen. Dass das nicht in allen Fällen gelungen ist, spricht nicht gegen dieses Engagement, sondern ist eine Aufforderung, in diese Richtung weiterzuarbeiten.

Im Mai und September 2016 habe ich zusammen mit einem breiten Bündnis aus Gewerkschaften, Umweltverbänden und Kirchen öffentlichkeitswirksame Proteste gegen die Freihandelsideologie (in Form der Abkommen TTIP, CETA, TiSA) in unserer Stadt organisiert. Ich bin der Meinung, DIE LINKE muss gerade in der aktuellen Situation wieder klar und selbstbewusst zentrale Forderungen auf die öffentliche Agenda setzen. Dazu gehören die soziale Frage und die Eigentumsfrage, – also die Frage danach, welche Wirtschaftsbereiche in öffentlicher Hand liegen und so demokratisch kontrolliert werden sollen.

Am wichtigsten aber scheint mir die Forderung nach einer klaren friedenspolitischen Position der LINKEN. Unter dem Motto „Kooperation statt NATO Konfrontation“ habe ich zusammen mit einem breiten Bündnis am 8.10.2016 eine Friedensdemonstration in Berlin mitorganisiert, an der zehntausend Menschen teilgenommen haben. Dieses Thema wird für mich auch 2017 von besonderem Interesse sein, denn die Bundesregierung hat ein beispielloses Aufrüstungsprogramm für die kommenden Jahre angekündigt. Und angesichts der Stationierung deutscher Soldaten in Osteuropa muss klar sein: Es gibt in Europa nur eine friedliche und sichere Zukunft mit, nicht ohne, und schon gar nicht gegen Russland.

Und egal wie die Koalition nach den Bundestagswahlen aussieht: Die Beschlüsse der Aufrüstung und Militarisierung müssen von der Zivilgesellschaft mit starkem Protest beantwortet und zur Rücknahme erzwungen werden.

Neben meinen politischen Aktivitäten engagiere ich mich aber auch stark im kulturellen Bereich. Gerade hier sehe ich die Möglichkeit, verschiedene Menschen zusammenzubringen und ihnen eine Chance zu geben, sich fernab des medialen Mainstreams zu informieren und austauschen zu können. Das bereits seit 2004 stattfindende und von mir mitorganisierte globalisierungskritische Leipziger Filmfestival (globalE) lockt Jahr für Jahr



mehr Besucherinnen und Besucher an. Allein dieses Jahr konnten wir knapp 5.000 Gäste zu Filmvorführungen und Diskussionsrunden begrüßen und dadurch viele Menschen, die politischen Veranstaltungen sonst eher nicht so nahe stehen, für soziale und ökonomische Probleme sensibilisieren.

Denn eines steht fest: Wir brauchen auf allen Ebenen eine starke LINKE Stimme gegen die vorherrschende Politik.

Ein letzter Punkt: Der Wunsch, Missstände nicht nur zu kritisieren, sondern auch aktiv etwas gemeinsam dagegen zu tun, treibt mich seit nunmehr 16 Jahren an. Er ist sozusagen der Motor meines politischen Engagements, im Kleinen wie im Großen.

Im Jahr 2009 und 2013 bin ich zur Bundestagswahl in Leipzig Süd angetreten. Damals haben wir mit jeweils ca. 25 % ein sehr gutes Ergebnis erzielt (2009 mit 36.117 und 2013 mit 37.750 Stimmen). Seitdem habe ich kontinuierlich politisch weitergearbeitet, habe neue Bündnisse geschmiedet, Netzwerke geknüpft und Menschen dazu animiert, selbst aktiv zu werden.

Ich bewerbe mich um die Direktkandidatur für die LINKE, weil ich dieses Direktmandat gewinnen möchte und – nach den Erfahrungen der letzten beiden Male – auch fest davon überzeugt bin, dass ich es gewinnen kann. In einem Mandat sehe ich die Möglichkeit, meine außerparlamentarische Arbeit mit parlamentarischen Mitteln fortzusetzen.

Ich arbeite und stehe für eine LINKE, die weit über die Parteigrenzen hinaus wirksam ist, denn nur so kann die Kritik an den herrschenden politischen und ökonomischen Verhältnissen gesellschaftlich wirksam werden.

Kontaktanschrift:

Mike Nagler
Körnerplatz 8
04107 Leipzig

Tel.: 0179 - 96 19 584

Email: post@mike-nagler.de

Web: www.mike-nagler.de

Sören Pellmann

»Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit«

Wenn man sich zu einer Kandidatur für den Bundestag entschließt, sollte es dafür gewichtige Gründe geben, die sich möglichst sowohl aus dem bisherigen Lebensweg als auch aus absehbaren künftigen politischen Herausforderungen ergeben. Obwohl ich in unserer Partei mit 39 Jahren eher zu den Jüngeren gehöre, habe ich mich seit dem politischen Umbruch 1989/90 auf vielfältige Weise am politischen Leben beteiligt.

Bisheriger beruflicher und politischer Weg

An meinem 16. Geburtstag – das war im Jahr 1993 – trat ich der PDS bei und engagierte mich zunächst in Jugendstrukturen, die besonders im Antifa-Kampf und Wahlkämpfen aktiv waren. Dabei halfen mir meine Eltern, die trotz Arbeitslosigkeit und beruflicher Neuorientierung konsequent an ihrer linken Haltung festhielten, ohne dass mein politischer Weg dadurch zwangsläufig vorbestimmt gewesen wäre. Ich sammelte auf diesem frühen politischen Weg schon in jungen Jahren Erfahrungen, die ich bis heute nicht missen möchte. Besonders wichtig ist mir, im Interesse gemeinsamen Handelns das Miteinander aller Generationen zu fördern. Jung sein allein reicht nicht aus, um herausgehobene Ämter zu übernehmen, wie die Verdienste Älterer nicht zwangsläufig einen Daueranspruch auf Funktionen begründen.

Für mich war es wichtig, nach dem Abitur und dem Zivildienst zunächst im beruflichen Leben Fuß zu fassen und dafür entsprechende Qualifikationen zu erwerben. Dabei ist es mir nicht leichtgefallen, dies in Einklang mit zahlreichen Aktivitäten innerhalb unserer Partei zu verbinden. So war ich mehrere Jahre stellvertretender Stadtvorsitzender, Pressesprecher und Verantwortlicher für Öffentlichkeit, Wahlkampfleiter und bin bis heute Vorsitzender des Stadtbezirksverbandes Leipzig-West (Grünau) der LINKEN.

Für den Leipziger Stadtrat habe ich erst im Jahr 2009 kandidiert, nachdem mein Studium erfolgreich abgeschlossen war und ich eine Tätigkeit als Lehrer an einer Leipziger Schule aufnehmen konnte. Dennoch ist es mir bisher gelungen, die berufliche Belastung mit dem Ehrenamt als Stadtrat und seit 2012 als Vorsitzender unserer Fraktion zu verbinden, was nicht immer leicht ist, aber zugleich zwingt, effektiv mit dem eigenen Zeitbudget umzugehen.

Welche Schwerpunkte sehe ich für meine Bewerbung als Bundestagskandidat?

Als Vorsitzender der Stadtratsfraktion kann ich mich nicht auf ein oder zwei Politikfelder konzentrieren, sondern muss die gesamte Breite unserer kommunalpolitischen Tätigkeit im Auge haben. Das würde es mir im Bundes-

tag erleichtern dazu beizutragen, dass der Kommunalpolitik größere Aufmerksamkeit geschenkt wird, nicht zuletzt, weil Bundespolitik ihre Nagelprobe vor Ort zu bestehen hat. Diese komplexe Sicht, erleichtert es mir, mich auch in bundespolitische Teilgebiete einzuarbeiten. Allerdings bringe ich aus meiner beruflichen Tätigkeit sowie aus der Verankerung in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) insbesondere fachliche Kompetenz auf schul- und bildungspolitischem Gebiet ein. Gleiches gilt für den wichtigen Themenkreis Ordnung und Sicherheit, den ich jahrelang als Sprecher der Stadtratsfraktion vertreten habe. Nicht zuletzt aus meiner beruflichen Tätigkeit und meiner Ausbildung als Förderschullehrer ergeben sich Kompetenzen auf sozialpolitischem Gebiet. Besonders wichtig ist mir der Kampf gegen Kinderarmut, von der auch an meiner Schule immer mehr Kinder unmittelbar betroffen sind. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass jungen Menschen schon am Start ihres Lebens Ausgrenzung und Benachteiligung drohen. Nicht zuletzt wegen des demografischen Wandels muss die Gesellschaft für eine gedeihliche Entwicklung aller Kinder sorgen und durch eine gezielte Förderung Gerechtigkeitsdefizite ausgleichen.

Darüber hinaus könnten meine speziellen Erfahrungen als Fraktionsvorsitzender im Umgang und in Verhandlungen mit anderen Parteien hilfreich sein. So haben wir zwei Bürgermeister in der Spitze der Stadtverwaltung durchgesetzt und darüber hinaus Mehrheiten für zahlreiche unserer Initiativen gewonnen. Insofern kann Leipzig auch ein Beispiel für das Zusammenwirken mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen sein, ohne dass dies automatisch ein Fingerzeig für die Bundesebene wäre. Hier fehlen derzeit noch entscheidende Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit den genannten Parteien. Eine Regierungsbeteiligung der LINKEN im Bund ist für mich erst sinnvoll und realistisch, wenn die potenziellen Partner aufeinander zugehen und etwa SPD und Bündnis 90/Die Grünen der Agenda 2010 mit ihren verheerenden Folgen abschwören sowie auf jegliche deutschen Militäreinsätze im Ausland verzichten. Für mein Politikverständnis bilden parlamentarischer und außerparlamentarischer Kampf seit vielen Jahren eine untrennbare Einheit. Das gilt insbesondere in der Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtspopulismus, die immer mehr die sogenannte Mitte der Gesellschaft erreichen und zum gefährlichen Anwachsen der AfD beitragen. Deshalb bin ich seit vielen Monaten bei den Anti-Legida-Protesten am Montagabend auf der Straße mit dabei, um das Lager der Solidarität zu unterstützen. Im Kampf gegen den weiteren Aufschwung der Rechten hat unsere Partei



Biographisches

- geboren am 11.02.1977 in Leipzig
- seit 1993 Mitglied der Partei DIE LINKE
- Studium der Rechtswissenschaften
- Studium Lehramt für Förderschulen (Geistig- und Lernbehindertpädagogik)
- Grundschullehrer in Leipzig
- Mitarbeit im Bundestag im Petitionsausschuss und in der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel“
- 2002 bis 2009 Stadtbezirksbeirat
- seit 2009 Stadtrat, seit 2012 Fraktionsvorsitzender
- Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)

eine große Verantwortung. Ich will mit meiner Kandidatur einen kleinen Beitrag im Kampf gegen die zunehmende soziale Spaltung der Gesellschaft und die fortschreitende Prekariisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse auch vieler Menschen in Leipzig leisten.

Weshalb gerade im Wahlkreis Leipzig-Süd?

Direktkandidaten sollten möglichst ihren Lebensmittelpunkt im jeweiligen Wahlkreis haben und dort auch bekannt sein. Geboren wurde ich in Marienbrunn, danach lebte ich mehrere Jahre in der Südvorstadt und seit 1980 in Grünau, wo bis heute ein großer Teil meiner Angehörigen wohnt. Seit meiner Hochzeit wohne ich in Plagwitz. In Teilen dieses Wahlkreises hat die LINKE bei Wahlen in der Vergangenheit Spitzenenergie erzielt und mehrfach Direktmandate bei Landtagswahlen gewonnen. Bei der letzten Stadtratswahl hatte ich das prozentual beste Ergebnis in Leipzig. Daran möchte ich anknüpfen und sehe auf dieser Ausgangsbasis durchaus realistische Chancen für den Gewinn des Direktmandates. Damit DIE LINKE Leipzig möglichst wieder personell im Bundestag vertreten ist, werde ich mich zugleich um einen aussichtsreichen Platz auf der sächsischen Landesliste bemühen.

Kreiswahlversammlung in den Wahlkreisen 152 (Leipzig I) und 153 (Leipzig II) für die Bundestagswahl

Stadtvorstand Zur Wahl der WahlkreisbewerberIn der Partei DIE LINKE und der Vertreterinnen und -vertreter der Partei DIE LINKE aus der kreisfreien Stadt Leipzig für die LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2017

Der Stadtvorstand beruft die Kreiswahlversammlung in den Bundestagswahlkreisen 152 – Leipzig I und 153 – Leipzig II zur Wahl der WahlkreisbewerberIn der Partei DIE LINKE und der Vertreterinnen und -vertreter der Partei DIE LINKE aus der kreisfreien Stadt Leipzig für die LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl 2017 für Sonnabend, den 21. Januar 2017 von 9:30 bis 18:00 Uhr ein.

Die Kreiswahlversammlung findet in der GaraGe, Karl-Heine-Straße 97, 04229 Leipzig statt. Es ist folgende vorläufige Tagesordnung geplant:

- 1. Eröffnung und Begrüßung
- 2. Konstituierung (Beschluss Geschäftsordnung, Wahlordnung, Tagesordnung und Zeitplan)
- 3. Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber für die Direktkandidatur (Wahlkreis Leipzig I und Leipzig II)
- 4. Wahlhandlung (Wahlkreis Leipzig I und Leipzig II)
- 5. Vorstellung der Landesvertreterinnen (min. 14)
- 6. Wahlhandlung
- 7. Vorstellung der Landesvertreter (14)
- 8. Bekanntgabe Wahlergebnis Landesvertreterinnen
- 9. Wahlhandlung
- 10. Bekanntgabe Wahlergebnis Landesvertreter
- 11. Schlusswort

Sonnabend, 21. Januar 2017,
9:30 bis 18:00 Uhr
GaraGe, Karl-Heine-Straße 97, 04229 Leipzig

aktuelle Termine

Ökotalik Weihnachtsspecial

Bei Glühwein und Gebäck Rückblick auf acht Monate Ökotalik mit Themensammlung für die folgenden.

Di. 20. Dezember, 19:00 Uhr,
INTERIM, Demmeringstr. 32

Weihnachtsfeier der linksjugend Leipzig

Weihnachtsfeier und lockerer Jahresausklang.

Di. 20. Dezember, 20:00 Uhr
INTERIM, Demmeringstr. 32

Antifaschistische Demonstration

Demonstration ein Jahr nach dem Neonazi-Überfall auf Connewitz

Mo. 9. Januar 2017, 17:30 Uhr, Start:
Wolfgang-Heinze-Str. Ecke Herderstr.

Lesung „Fifty Shades of Merkel“ mit Julia Schramm

In ihren Betrachtungen gelingt Julia Schramm eine grandiose Annäherung an die Unnahbare und an den bundesdeutschen Zeitgeist - analytisch und humoristisch.

Mi. 25. Januar 2017, 19:00 Uhr. WK-
Kulturbüro Franz Sodann, Mariannenstr. 101

China im 21. Jahrhundert

Forum des MFL mit Prof. Eike Kopf

Mi. 25. Januar 2017, 18:00 Uhr,
Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Str. 77

Gedenktag für die Opfer des NS

13:30 Uhr Neues Rathaus Abfahrt der Busse zum Mahnmahl in Abtnaundorf
14:00 Uhr Gedenkveranstaltung am Mahnmahl in Abtnaundorf
15:00 Uhr Ehrung der ermordeten Stadtverordneten, Neues Rathaus, Untere Wandelhalle, Eröffnung Ausstellung
18:00 Uhr Gedenken an der Installation für Deportierte Leipziger, Gleis 23

Fr. 27. Januar 2017, Leipzig

Ökotalik mit Marco Böhme: Alternative Antriebe

Potenziale und Grenzen eines elektro- und hybridangetriebenen Autoverkehrs

Di. 31. Januar, 19:00 Uhr,
INTERIM, Demmeringstr. 32

Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig
Braustraße 15, 04107 Leipzig
Fon: 0341 - 14 06 44 11
Fax: 0341 - 14 06 44 18
Web: www.dielinke-leipzig.de
vorstand@die-linke-in-leipzig.de
Mail:
Spendenkonto: Sparkasse Leipzig
IBAN: DE11 8605 5592 1175 5039 20
Druck: Saxoprint

regelmäßige Termine

Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 19:00 Uhr, Dachboden,
Liebknecht-Haus, Braustraße 15

Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Antifa (Web: agantifa.blogspot.de)

1. & 3. Mittwoch, 19:00 Uhr,
linXXnet, Bornaische Str. 3d

AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Cuba si

2. Dienstag, 17:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Frieden und Gedenken

2. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Junge GenossInnen

1. Samstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 14:00 Uhr, Monopol,
Haferkornstr. 15

AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

4. Freitag, 15:00 Uhr, INTERIM

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebknecht-Haus

AG Zukunft beim Stadtvorstand

3. Dienstag, 20:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Kampagnenrat „Das muss drin sein!“

2. Dienstag, 18:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Linksjugend Leipzig

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, linXXnet (Plenum)
1. Donnerstag, 21:00 Uhr, linXXnet (Jour-Fixe)

Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebknecht-Haus

Marxistisches Forum (ab Jan. 2017)

4. Mittwoch, 18:00 Uhr, Friedrich-Ebert-Str. 77

DIE LINKE.SDS

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, GWZ,
Raum 4.116, Beethovenstr. 15

Redaktion: Steffi Deutschmann, Nadja Guld, Kay Kamieth (Vi.S.d.P.), Tilman Loos, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann, Stephan Sander
Gestaltung: Tilman Loos
Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 30.01.17, 12 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.